



Institut für
Wirtschaftsforschung
Halle

Wirtschaft im Wandel

4/2011

28.04.2011, 17. Jahrgang

Herbert S. Buscher

Editorial

Nicole Nulsch

**Aktuelle Trends:
Staatliche Beihilfen in den mittel- und osteuropäischen
EU-Ländern fließen zunehmend in Forschung
und Entwicklung** (S. 147)

Alexander Kubis

Im Fokus:

Potenziale qualifizierter Zuwanderung nach Ostdeutschland

Ab 1. Mai 2011 gilt für die osteuropäischen EU-Staaten volle Arbeitnehmerfreizügigkeit. Die Zuwanderung aus Polen wird sich auf die westdeutschen Zentren konzentrieren, Ostdeutschland bleibt Durchgangsregion. (S. 148)

Ulrich Blum

Kann Korea vom deutschen Einigungsprozess lernen?

Der ökonomische Rückstand Nordkoreas zum Süden ist gravierender als 1989 der Abstand der DDR zum Westen. Die koreanische Vereinigung würde etwa ein Viertel der Wirtschaftsleistung Südkoreas beanspruchen. (S. 153)

Sebastian Rosenschon, Christian Schulz, Claus Michelsen

**Energetische Aufwertung vermieteter Mehrfamilienhäuser:
Die kleinen Wohnungsanbieter tun sich schwer –
Auswertungen auf Grundlage des ista-IWH-Energieeffizienzindex**

Große Wohnungsunternehmen erzielen bei Sanierungen erheblich höhere Energieeffizienz-Gewinne als Kleinvermieter. Ursachen sind vermutlich Kostenvorteile größerer Bestände und professionellere Planung. (S. 161)

Katja Drechsel, Makram El-Shagi

**Bericht über den IWH/INFER-Workshop on
Applied Economics and Economic Policy**

Keynote-Speaker der Veranstaltung im Februar 2011 waren Lorenzo Bini Smaghi (EZB-Direktorium) und Martin Hallet (EU-Kommission). (S. 169)

Cornelia Lang

**IWH-Industrienumfrage im März 2011:
Geschäftslage weiter verbessert, hochgesteckte
Erwartungen stabil** (S. 173)



Editorial

Zum 1. Mai endet die siebenjährige Übergangsfrist für den deutschen Arbeitsmarkt. Ab diesem Zeitpunkt gilt für die 2004 im Zuge der EU-Osterweiterung beigetretenen Staaten (EU-10) das gleiche Recht auf Freizügigkeit wie bereits für die damaligen EU-15-Staaten – Arbeitnehmer aus den EU-10-Staaten können dann überall in der EU eine Arbeit zu den Bedingungen des Gastlandes aufnehmen. Damals war die Befürchtung, dass der deutsche Arbeitsmarkt infolge der EU-Osterweiterung von Arbeitskräften mit niedrigen Lohnforderungen überschwemmt werden würde – mit entsprechenden Folgen für die Beschäftigten –, dass Lohndumping auftreten würde und deutsche Sozialstandards unterlaufen würden. Die verzögerte Freizügigkeit sollte dies verhindern.

Vergleichbare Äußerungen hören wir auch heute wieder, unter anderen von der Leiharbeitsbranche. Solange diese sich nicht unter dem sicheren Schirm des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes befindet, können ausländische Leiharbeitsfirmen zu ihren tarifvertraglichen Bedingungen Leiharbeiter nach Deutschland entsenden und so zu einer spürbaren Konkurrenz heranwachsen. Dies erklärt auch die Bereitschaft der Branche, einen Mindestlohn einzuführen. Geht es also eher darum, Konkurrenz fernzuhalten, und weniger um die tatsächlichen Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer?

Sicherlich ist es spekulativ, darüber nachzudenken, wie die Entwicklung verlaufen wäre, hätte die Arbeitnehmerfreizügigkeit für alle Staaten bereits mit dem Beitritt gegolten. Vielleicht wären dann weniger polnische Arbeitnehmer mit Billigfliegern nach Großbritannien oder Irland gestartet als mit der Regelung. Vielleicht aber auch nicht. Gut möglich, dass die Neuen Bundesländer genauso wenig betroffen gewesen wären, wie sie es nun durch die Frist waren. Für Arbeitnehmer aus der mittel- und osteuropäischen Region waren die Neuen Bundesländer, von Berlin abgesehen, eher eine Transitstation auf dem Weg nach Westen. Und es ist plausibel anzunehmen, dass dies auch nach dem 1. Mai 2011 so sein wird.

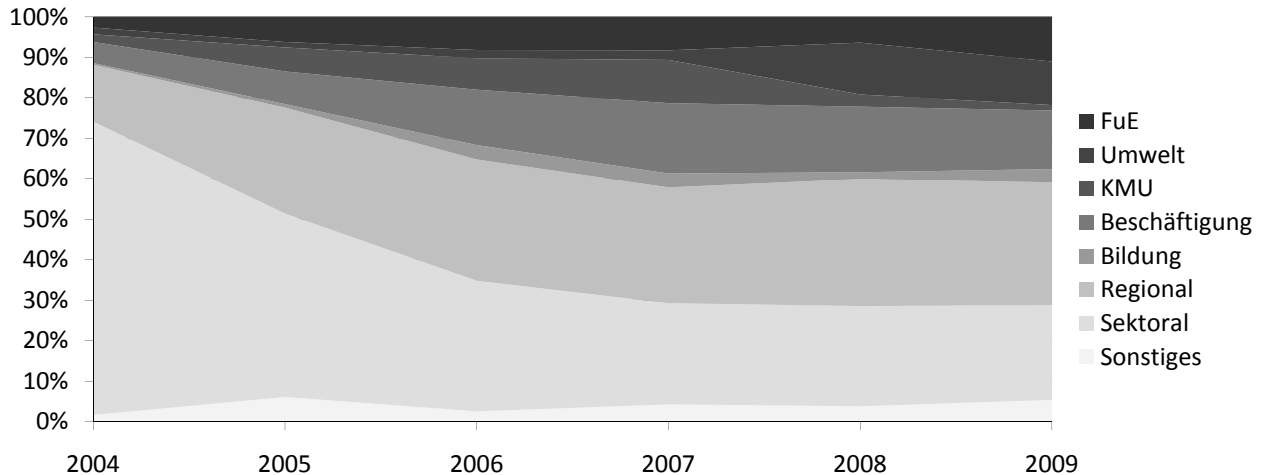
Ob und in welchem Umfang Arbeitnehmer aus Mittel- und Osteuropa nach Deutschland – und hier insbesondere in die Neuen Bundesländer – kommen werden, hängt auch davon ab, wie sich die Arbeitsmöglichkeiten und -bedingungen in anderen Staaten der EU entwickeln. Deshalb sollte die nun geltende uneingeschränkte Arbeitnehmerfreizügigkeit auch eher als Chance denn als Bedrohung gesehen werden. Insbesondere auch angesichts des Bedarfs an Fachkräften in vielen Bereichen der Wirtschaft und Gesellschaft.

Herbert S. Buscher

Staatliche Beihilfen in den mittel- und osteuropäischen EU-Ländern* fließen zunehmend in Forschung und Entwicklung

Entwicklung der staatlichen Beihilfen, nach Verwendungszweck

- Anteile in % der gesamten staatlichen Beihilfen (ohne Landwirtschaft, Fischerei, Transport) -



Quelle: Europäische Kommission; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Jede Form finanzieller Unterstützung (Zuschuss, Darlehen, Garantie usw.), die aus staatlichen Budgets stammt, bezeichnet man als staatliche Beihilfe. In den mittel- und osteuropäischen Ländern (MOEL) waren Beihilfen ein wesentliches Instrument der Restrukturierung des Unternehmenssektors während der Transformation. Mit dem Beitritt der MOEL zur Europäischen Union (EU) am 01.05.2004 (Bulgarien und Rumänien am 01.01.2007) gerieten diese staatlichen Unterstützungen jedoch unter die kritische Beobachtung der Europäischen Kommission. Kurz vor dem EU-Beitritt waren sie auf ein Rekordniveau von 13,2 Mrd. Euro angestiegen – dies entspricht 2,0% der Wirtschaftsleistung (BIP). Nach dem EU-Beitritt der MOEL war eine rasche Annäherung der relativen Größen an den Durchschnitt der westlichen EU-Länder zu beobachten (2009: MOEL 0,9% des BIP, EU-15 0,6% des BIP). In absoluten Zahlen sank die Höhe der staatlichen Beihilfen in den MOEL ebenfalls – im Jahr 2009 flossen noch 4,7 Mrd. Euro.

Auch im Hinblick auf die Art der Verwendung der staatlichen Mittel zeichnet sich zumindest auf den ersten Blick eine Annäherung an die westeuropäische Praxis ab (vgl. Abbildung): So sank der Anteil der Beihilfen für einzelne Industriezweige (bspw. Kohle, Stahl, Schiffbau) von 87% im Jahr 2003 auf 24% im Jahr 2009 (EU-15: 15% im Jahr 2009). Diese sektorale Art der Unterstützung wird als besonders wettbewerbsverzerrend betrachtet. Kommen Beihilfen Unternehmen über alle Branchen hinweg zugute, spricht man von horizontalen Beihilfen. Diese sollen Nachteile von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) ausgleichen oder Forschung und Entwicklung (FuE) vorantreiben. Im Hinblick auf die Entwicklung der staatlichen Unterstützungen für FuE (wie auch für Umweltmaßnahmen) zeigt sich seit 2005 in den MOEL ein Anstieg des Anteils von 2% auf 11%. Insbesondere Estland und Tschechien (FuE) sowie Lettland und Slowenien (Umwelt) investieren überdurchschnittlich in diese Ziele. Allerdings lenken die EU-15 im Durchschnitt bereits 18% aller Beihilfen in FuE und 24% in Umweltprojekte. Ein Grund für diese Unterschiede ist der in den MOEL transformationsbedingt noch überdurchschnittlich hohe Anteil an regionalen Beihilfen und Beschäftigungsprogrammen. Während deren Anteil in den MOEL zusammen 44% ausmacht, liegt er in der EU-15 bei nur 23%.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass das Beihilfeniveau der MOEL auf den EU-Durchschnitt gesunken ist und die gewährten staatlichen Beihilfen zunehmend in FuE- sowie Umweltprogramme fließen.

Nicole Nulsch (Nicole.Nulsch@iwh-halle.de)

* Polen, Tschechien, Ungarn, Slowakei, Slowenien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien und Bulgarien.

Im Fokus: Potenziale qualifizierter Zuwanderung nach Ostdeutschland

Alexander Kubis

Für die ostdeutsche Arbeitskräftenachfrage lässt sich auf Basis der demographischen Prognosen ein Engpass im Bereich des mittleren und hohen Qualifikationsniveaus vorhersagen, der nicht allein durch ein bisher nicht ausgeschöpftes Arbeitskräfteangebot gedeckt werden kann, sondern auch einer qualifizierten Zuwanderung bedarf. Der Beitrag beschreibt die verschiedenen möglichen Wege qualifizierter Zuwanderung nach Ostdeutschland: internationale Zuwanderung von außerhalb und innerhalb der Europäischen Union sowie nationale Binnenzuwanderung aus Westdeutschland. Ein Schwerpunkt untersucht die Auswirkungen der vollständigen Arbeitnehmerfreizügigkeit für polnische Staatsbürger zum 1. Mai 2011. Die Ergebnisse zeigen, dass Emigranten aus dem Zusammenspiel von wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und bestehenden Netzwerken in der Zielregion Vorteile ziehen. Deshalb werden voraussichtlich vor allem die westdeutschen Wirtschaftszentren von einem ansteigenden polnischen Migrationsstrom profitieren. Die ostdeutschen Länder werden vielfach nur als Durchgangsregionen fungieren.

Ansprechpartner: Alexander Kubis (Alexander.Kubis@iwh-halle.de)

JEL-Klassifikation: J61, O15, Q58

Schlagwörter: Migration, Arbeitnehmerfreizügigkeit, Grenzregionen, Ostdeutschland, Polen, europäische Integration

Die ostdeutschen Regionen zeichneten in den letzten zwanzig Jahren – von einer kurzen Periode um 1997 abgesehen – anhaltend starke Wanderungsverluste. Infolge dieser Abwanderungstendenz, des massiven Rückgangs der Fertilität nach 1990 und der anstehenden Verrentungswelle geburtenstarker Nachkriegskohorten wird es in naher Zukunft unweigerlich zu massiven Schrumpfungprozessen im Erwerbspersonenpotenzial der Neuen Länder kommen. Bei einer gegebenen Arbeitskräftenachfrage lässt sich ein Engpass im Bereich des mittleren und hohen Qualifikationsniveaus prognostizieren, der nicht allein durch ein bisher nicht ausgeschöpftes Arbeitskräfteangebot gedeckt werden kann, sondern zusätzlich einer qualifizierten Zuwanderung bedarf.¹

¹ Vgl. Buscher, H. S.; Dettmann, E.; Schmeißer, C; Trocka, D.; Sunder, M.: Entwicklung des Fachkräftebedarfs in Thüringen bis 2015. IWH-Sonderheft 2/2009. Halle (Saale) 2009.

Generell existieren verschiedene Formen der Zuwanderung nach Deutschland. In den letzten zwanzig Jahren erwiesen sich neben der befristeten Zuwanderung von Werkvertragsarbeitnehmern, Studenten und Saisonarbeitkräften vor allem die langfristig angelegte Zuwanderung Russlanddeutscher, die Zuwanderung von Spätaussiedlern sowie von jüdischen Aussiedlern aus der ehemaligen UdSSR als relevante Zuwanderungsströme nach. Hinzu kamen die Zuzüge aus anderen EU-Staaten, von Asylbewerbern sowie Zuwanderung im Rahmen des Ehegatten- und Familiennachzugs aus Drittstaaten.

Der vorliegende Beitrag gibt einen Überblick über wichtige Formen qualifizierter Zuwanderung nach Deutschland beziehungsweise Ostdeutschland. Zunächst ist die Zuwanderung aus außereuropäischen Regionen von Interesse, anschließend wird am Beispiel der Migration aus Polen nach Deutsch-

land das Zuwanderungspotenzial innerhalb der EU analysiert: In welchen Umfang ist es bisher zu Zuwanderungen gekommen, in welche Regionen Deutschlands sind die Migranten aus Polen gezogen, und wie werden sich künftige Wanderungsströme aus dem Nachbarland innerhalb Deutschlands verteilen? Abschließend werden Größenordnungen und Beweggründe für Rückwanderungen im Rahmen der Binnenmigration von West- nach Ostdeutschland thematisiert.

Um die Quellen künftiger Zuwanderung von Fachkräften in den (ostdeutschen) Arbeitsmarkt zu eruieren, erscheint es sinnvoll, zwischen drei Herkunftskategorien zu unterscheiden:

- 1) Internationale Zuwanderung
 - a) aus Regionen außerhalb der EU,
 - b) aus EU-Staaten,
- 2) Binnenzüge von West- nach Ostdeutschland.

Ausländische Studierende als bedeutende Quelle qualifizierter Zuwanderung

Als Kanäle für eine qualifizierte Zuwanderung aus Regionen außerhalb der EU stehen neben dem seit 2006 geltenden Verfahren zur Anwerbung von Fachkräften im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT-Fachkräfte) unter anderem die konzerninterne Versetzung sowie die Akquirierung ausländischer Absolventen deutscher Hochschulen offen.

Generell unterliegt das Anwerben von IKT-Fachkräften seit 2006 einer so genannten Vorrangprüfung.² Beziehen ausländische Hochqualifizierte weniger als 63 600 Euro Jahresgehalt, können sie nur dann im Unternehmen beschäftigt werden, wenn der Arbeitsplatz nicht adäquat durch einen Inländer besetzt werden kann. Mitziehende Angehörige erlangen ohne Vorrangprüfung eine entsprechende Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung.

Die aktuellen Bestimmungen waren als Nachfolgeregelung der zwischen 2000 und 2004 geltenden Green-Card-Regelung gedacht; der Zuzug von IKT-Fachkräften stellt sich als vergleichsweise überschaubar heraus (vgl. Tabelle 1).

Ausländische Absolventen der deutschen Hochschulen haben bis maximal zwölf Monate nach erfolgreichem Studienabschluss die Möglichkeit der freien Suche nach einem adäquaten Arbeitsplatz mit einer dem Abschluss entsprechenden Entlohnung und Tätigkeit ohne Vorrangigkeitsprüfung. Hinzu kommt während des Studiums

und bis zwölf Monate nach dessen Abschluss die Möglichkeit einer arbeitserlaubnisfreien Erwerbstätigkeit von bis zu 90 Tagen bzw. 180 halben Tagen im Jahr.³ Der ostdeutsche Anteil am Zuzug ausländischer Studienanfänger ist in den letzten Jahren stetig bis auf 21% im Wintersemester 2009/2010 gestiegen (vgl. Tabelle 1).

Tabelle 1:
Jährlicher Zuzug von IKT-Fachkräften und Studienanfängern nach Deutschland

Jahr	IKT-Fachkräfte	Studienanfänger
2000	4 341	54 888
2001	6 409	63 507
2002	2 623	68 566
2003	2 285	70 434
2004	2 273	68 235
2005	.	65 769
2006	2 845	63 413
2007	3 411	64 028
2008	3 906	69 809
2009	2 465	74 024

Quelle: Bundesministerium des Innern: Migrationsbericht 2009, Berlin 2010; Statistisches Bundesamt, Fachserie 11 Reihe 4.1: Ausländische Studienanfänger/-innen an Hochschulen im Sommer- und nachfolgenden Wintersemester.

Als weitere Variante qualifizierter Zuwanderung ohne Vorrangprüfung sei die konzerninterne Versetzung leitender Angestellter oder Personen mit unternehmensspezifischen Kenntnissen (und ihrer Angehörigen) nach Deutschland genannt. Diese spielt bei in Ostdeutschland tätigen multinationalen Unternehmen eine Rolle.

Ostdeutschland bleibt Durchgangsregion für polnische Zuwanderer

Im Folgenden wird auf die Besonderheiten der internationalen Zuwanderung aus Mitgliedstaaten der EU eingegangen. Im europäischen Binnenmarkt gilt allgemein das Prinzip der Arbeitnehmerfreizügigkeit. Lediglich bei neuen Mitgliedern ist diese in der Regel mit Übergangsfristen versehen, sodass die tatsächlichen Folgen für den Arbeitsmarkt erst nach dem Auslaufen dieser Fristen vollständig eingeschätzt werden können. Wiederum steht die *qualifizierte* Migration im Fokus der Untersuchungen, speziell die zu erwartenden Migrationsbewegungen aus Mittel- und Osteuropa (MOE) nach Deutschland.

Zentral geht es dabei um die Auswirkungen des Auslaufens der Übergangsregelungen für die Arbeitnehmerfreizügigkeit zum 1. Mai 2011. Am 1. Mai 2004 sind die drei baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen sowie Polen, Tschechien, die Slowakei, Malta und Zypern der EU beigetreten. Bis auf Malta und Zypern gelten für die genannten Staaten bis zum 30. April 2011 Einschränkungen bei der Arbeitnehmerfreizügigkeit.⁴ Bei den explizit für Deutschland vorliegenden Migrationsmodellen schwanken die Prognosen des anfänglichen Zuzugs pro Jahr aus den MOE-Ländern ab diesem Zeitpunkt in der Regel um den Wert von 0,34% der Herkunftsbevölkerung dieser Länder, d. h. um

² Vgl. § 18 AufenthG i. V. m. § 27 Nr. 1 BeschV.

³ Diese Regelung gilt auch für Absolventen deutscher Auslandsschulen.

⁴ Am 1. Januar 2007 traten Bulgarien und Rumänien ebenfalls der EU bei. Für diese beiden Staaten ist der Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt weiterhin (bis längstens zum 31.12.2013) beschränkt.

Tabelle 2:

Polen in Deutschland – Personen mit dauerhaftem Wohnsitz, Saisonarbeitskräfte und Einbürgerungen

Jahr	Dauerhaft in Deutschland lebend (zum 31.12.)	Saisonarbeitskräfte	Einbürgerungen
2000	301 366	229 135	1 604
2001	310 432	243 405	1 774
2002	317 603	259 615	2 646
2003	326 882	271 907	2 990
2004	292 109	286 623	7 499
2005	326 596	279 197	6 896
2006	361 696	236 267	6 907
2007	384 808	228 807	5 479
2008	393 848	190 582	4 245
2009	398 513	184 241	3 841

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 1 Reihe 2.

250 000 Personen.⁵ Bereits vor dem 1. Mai 2011 scheint jedoch ein Großteil der arbeitsmarktrelevanten Migration aus den MOE-Staaten in Europa im Gange zu sein, sodass der zusätzliche Wanderungsstrom nach Deutschland insbesondere aus dem Nachbarland Polen wohl weit geringer ausfallen wird als zu Beginn des Jahrzehnts erwartet. In der Regel handelt es sich hierbei um qualifizierte Zuwanderung.⁶

Inwieweit ostdeutsche Regionen eine präferierte Zielregion zumindest für die polnischen Nachbarn darstellen, soll nun beantwortet werden. Die Zahl der Migranten aus Polen ist seit 2004

zwar gestiegen, die Zahl der Einbürgerungen sowie die Zahl der Saisonarbeitskräfte hingegen ist in den letzten Jahren eher rückläufig (vgl. Tabelle 2).

Allerdings ist darauf hinzuweisen, dass die innereuropäische Migrationsbilanz starken Schwankungen unterworfen ist. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Regionen, konjunkturelle Unterschiede sowie im Falle Englands der Wechselkurs sind die treibenden Kräfte im Wettbewerb der Regionen um polnische Fachkräfte. Auch starke Netzwerke im Ziel-land, welche die Integration erleichtern, sind relevant. Ganz allgemein stellen Agglomerationsräume mit entsprechenden ethnischen Netzwerken präferierte Zielräume der Zuwanderung dar.

86% der bis zum 31.12.2009 erfolgten Zuwanderung aus dem Nachbarland Polen hatte Westdeutschland zum Ziel. Weitere 8,7% der polnischen Zuwanderer präferierten Berlin. Die übrigen ostdeutschen Regionen absorbierten lediglich 5,3% der polnischen Zuwanderung.

Auch wenn die Zahl der Zuwanderer aus Polen ins Verhältnis zur Einwohnerzahl der Zielregion gesetzt wird, bleibt die Bevorzugung westdeutscher Regionen deutlich. So kamen am 31.12.2009 durchschnittlich 1,6 Migranten aus Polen auf 1 000 ostdeutsche Einwohner und 5,2 auf 1 000 westdeutsche Einwohner. Der Agglomerationsvorteil Berlins bestätigt sich auch hier: 10,1 polnische Migranten entfielen auf 1 000 Berliner Bürger.

Nicht zuletzt aufgrund seiner – im Ost-West-Vergleich – schwächer ausgeprägten Agglomerationen und der geringeren Wirtschaftskraft fungiert Ostdeutschland primär als Durchgangsregion.

Unter der Annahme, dass sich im Laufe des Integrationsprozesses das innereuropäische Wandlungsmuster der Bürger eines Landes immer mehr dem nationalen Binnenmigrationsverhalten annähert, lassen sich Aussagen über die regionale Verteilung des Zustroms treffen.

Der in seiner Höhe unbestimmte Migrationsstrom wird hinsichtlich seiner regionalen Differenzierung analysiert. Das Prognosemodell für Migration von Polen nach Deutschland nutzt hierfür die Schätzergebnisse des polnischen Binnenmigrationsmodells und prognostiziert so die regionale Verteilung der Wanderung von Polen nach Deutschland ab dem 1. Mai 2011 (vgl. Abbildung).⁷

⁵ Vgl. Baas, T.; Brücker, H.: Wirkungen der Zuwanderungen aus den neuen mittel- und osteuropäischen EU-Staaten auf Arbeitsmarkt und Gesamtwirtschaft. Expertise im Auftrag des Gesprächskreises Migration und Integration der Friedrich-Ebert-Stiftung. WISO Diskurs, September 2010, 60.

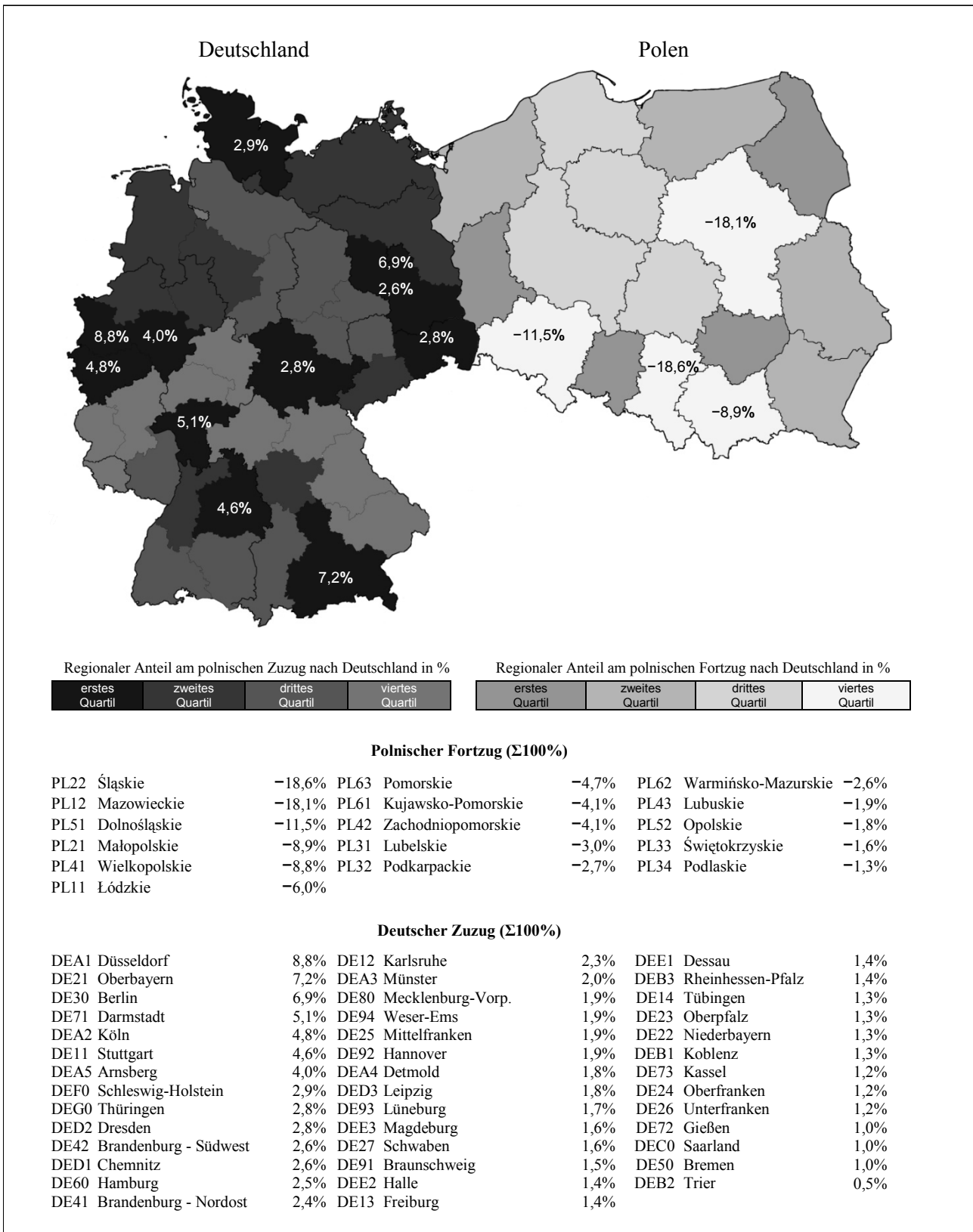
⁶ Kaczmarczyk, P.; Okólski, M.: International Migration in Central and Eastern Europe – Current and Future Trends. United Nations Expert Group Meeting on International Migration and Development: New York 2005.

⁷ Vgl. Kubis, A.: Regionale Migration in Abhängigkeit von Humankapital und sektoraler Struktur – Eine empirische Analyse am Beispiel von Deutschland und Polen. IWH-Sonderheft 2/2010. Halle (Saale) 2010.

Abbildung:

Prognose regionaler Anteile der Migration von Polen nach Deutschland ab 1. Mai 2011

- regionale Gliederung: NUTS 2^a -



^a NUTS = Nomenclature des Unités Territoriales Statistiques; Ebene 2: für Deutschland: Regierungsbezirke, für Polen: Wojewodschaften.

Quelle: Berechnung des IWH mit Daten des Central Statistical Office Poland; Statistisches Bundesamt Deutschland; Bundesagentur für Arbeit.

Die Ergebnisse bestätigen die bisherige Erfahrung, dass Migranten aus dem Zusammenspiel von wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit der Zielregion und regional bestehenden sozialen Netzwerken Vorteile ziehen. Gerade die westdeutschen Wirtschaftszentren werden voraussichtlich von einem polnischen Migrationsstrom nach Deutschland profitieren. Den ostdeutschen Ländern bleibt vielfach nur die Rolle einer Durchgangsregion.

20% der abgewanderten Ostdeutschen wohnen wieder in der Heimat

Als weitere Quelle für Zuwanderung nach Ostdeutschland zählt die qualifizierte Zuwanderung im Rahmen der Binnenmigration, wobei ehemalige Ostdeutsche besonders affin gegenüber einer möglichen Rückwanderung in ihre alte Herkunftsregion sind. Eine Befragung nach Westdeutschland abgewanderter Ostdeutscher⁸ ergab,

dass nur ein Drittel der Befragten eine Rückkehr in die Heimat ausschließt. Untersuchungen auf Basis des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) ermittelten ferner, dass ca. 20% der abgewanderten Ostdeutschen inzwischen wieder in der Heimat wohnen.⁹ Übertragen auf die Gesamtzahl der zwischen 1989 und 2009 abgewanderten 4,34 Millionen Personen bedeutet diese Rückkehrquote, dass etwa 870 000 Personen so genannte Rückwanderer darstellen. Da im gleichen Zeitraum lediglich 2,49 Millionen Personen von Westdeutschland nach Ostdeutschland wanderten, führt dies zu dem Schluss, dass rund 35% der West-Ost-Wanderung durch ehemalige Ostdeutsche erfolgt.

Neben nicht erfüllten beruflichen Erwartungen stellen die anhaltend starke Vernetzung mit der alten Heimatregion sowie ein nur langsames Fußfassen in der neuen Heimat entscheidende Gründe für die Rückkehr der Menschen dar.

Präferierte Zielräume sind die ostdeutschen Agglomerationen mit ihrem breiteren Arbeits- und Bildungsangebot.¹⁰ Die gezielte Akquirierung dieser oftmals gut ausgebildeten und gut bezahlten sowie in einem familiären Kontext lebenden Personengruppe für den ostdeutschen Arbeitsmarkt stellt sich jedoch immer noch als komplexes Unterfangen heraus. Dies gilt ebenso für alle anderen hier angesprochenen potenziellen Zuwanderergruppen.

⁸ Vgl. *Schultz, A.*: Brain Drain aus Ostdeutschland. Deutsche Akademie für Landeskunde: Leipzig 2009, 39 ff.

⁹ *Beck, G.*: Wandern gegen den Strom: West-Ost-Migration in Deutschland, in: F. Swiaczny, S. Haug (Hrsg.), Bevölkerungsgeographische Forschung zur Migration und Integration. Materialien zur Bevölkerungswissenschaft, Heft 112. Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung beim Statistischen Bundesamt: Wiesbaden 2004, 95-111, sowie *Fuchs-Schündeln, N.; Schündeln, M.*: Who Stays, Who Goes, Who Returns?, in: *Economics of Transition*, Vol. 17 (4), 2009, 703-738.

¹⁰ Vgl. *Schneider, L.; Kubis, A.; Wiest, D.*: Selektivität, soziale Bindung und räumliche Mobilität – Eine Analyse der Rückkehrpräferenz nach Ostdeutschland, in: *Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie* (im Erscheinen).

Kann Korea vom deutschen Einigungsprozess lernen?

Ulrich Blum

Auch wenn die Ausgangsbedingungen der Deutschen Einheit und einer möglichen koreanischen Vereinigung zunächst äußerst unterschiedlich erscheinen, ergeben sich aus ökonomischer Sicht einige gemeinsame Muster, die es zu analysieren lohnt. Hierzu zählen die Interdependenzen zwischen weltwirtschaftlichen Integrationsprozessen, binnenwirtschaftlichen Anpassungen und den Aufgaben des Staates, den Einigungsprozess zu finanzieren und die Wirtschaft – seinerzeit des Ostens, künftig des Nordens – zu transformieren. Das Vernachlässigen dieser Interdependenzen im deutschen Einigungsprozess führte zu erhöhten Kosten. Der Beitrag stellt zunächst die Ausgangsbedingungen entlang wesentlicher ökonomischer Zahlen dar. Im Anschluss erfolgt eine theoretische Einordnung des Integrationsprozesses, der sich im Wesentlichen in den Veränderungen der Preisstrukturen ausdrückt, und des Transformationsprozesses, der als Verschiebung der Produktionsmöglichkeitenkurve der Wirtschaft gesehen wird. Im Zentrum steht dabei die Mengen-Preis-Interaktion zwischen lokalen und international handelbaren Gütern. Anschließend wird gezeigt, welchen Beschränkungen die Transformation unterliegt, da die Investitionsmöglichkeiten durch die Ersparnisbildung und die Fähigkeit, auswärtiges Kapital zu mobilisieren, begrenzt sind. Schließlich wird verdeutlicht, dass öffentliche Transfers zur Unterstützung des Aufbauprozesses das Problem, dauerhafte Leistungsbilanzdefizite abzubauen, nur begrenzt zu lösen vermögen.

Ansprechpartner: Ulrich Blum (Ulrich.Blum@iwh-halle.de)
JEL-Klassifikation: D2, E6, P5
Schlagwörter: Teilung, Integration, Transformation, Korea, Deutschland

Gegenwärtig gärt es auf der koreanischen Halbinsel. Das Regime des Nordens ist in einem Maße abgewirtschaftet, wie es die DDR nie war, und treibt die Leidensfähigkeit seiner Bevölkerung an immer neue Grenzen. Südkorea wird sich kaum gegen das Bestreben Nordkoreas nach Einheit „wehren“ können, sollten sich die Bedingungen dafür ergeben. Der koreanische Einigungsprozess ist allerdings viel kritischer als der deutsche, denn Nord- und Südkorea haben Krieg gegeneinander geführt und sich einander entfremdet. Da Südkorea den Einigungswunsch politisch und ökonomisch kanalisieren muss, können Lehren aus der deutschen Erfahrung helfen. Bildet sich ein einheitliches Wirtschaftsgebiet mit einer einheitlichen Währung (Won) heraus, so ist die Möglichkeit, über Anpassungsinflation und eine drastische Abwertung die Wettbewerbsfähigkeit des Nordens im internationalen Markt zu erzwingen, wie dies in Osteuropa geschah, kaum gegeben. Eher wird der gemeinsame Won aufwerten und die Anpassungsprobleme verschärfen.

Der folgende Beitrag analysiert vor dem Hintergrund deutscher Erfahrungen die wirtschaftlichen Probleme einer koreanischen Vereinigung. Nach

Vorstellung der grundlegenden Ausgangsdaten werden die volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen aus theoretischer Sicht mit zwei Modellen, die die saldenmechanischen Zusammenhänge sowie die Beziehungen zwischen Preisveränderungen und Anpassungen des Produktionspotenzials erfassen, erläutert und empirisch untersetzt. Eine wirtschaftspolitische Bewertung beschließt die Ausführungen.

Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den Ausgangsbedingungen

Während die beiden Teile Deutschlands vor dem Zweiten Weltkrieg eine ähnlich hohe Industrialisierung besaßen, war Nordkorea bis weit in die 1960er Jahre in diesem Bereich deutlich fortgeschrittener als Südkorea. Der Süden holte erst durch massive Reformen, besonders im Bildungssystem, auf und entwickelte sich in den vergangenen 30 Jahren zunächst zu einem effizienten Schwellenland. Heute zählt Südkorea zu den hochmodernen Wirtschaftsregionen. Im Norden hingegen verfiel der Produktionsapparat durch die kommunistische Zwangswirtschaft und die fast vollständig fehlende Integration in die Weltwirtschaft zunehmend, so

Tabelle 1:
Bevölkerung und Wirtschaftsleistung in Deutschland (1989) und Korea (2009)

Preise von 1995	Deutschland		Preise von 2009	Korea	
	Ost	West		Nord	Süd
Bevölkerung (Mio.)	17	65	Bevölkerung (Mio.)	24	49
Pro-Kopf-BIP (Euro, Basis RiKo ^a)	5 469		Pro-Kopf-BIP (US-Dollar, Basis ER ^d)	1 167	20 129
BIP (Mio. Euro, Basis RiKo ^a)	90 246		BIP (Mio. US-Dollar, Basis ER ^d)	28 000	986 300
Pro-Kopf-BIP (Euro, Basis PPP ^b) ^c	8 322	25 160	Pro-Kopf-BIP (US-Dollar, Basis PPP ^b)	1 667	29 340
BIP (Mio. Euro, Basis PPP ^b) ^c	137 313	1 622 791	BIP (Mio. US-Dollar, Basis PPP ^b)	40 000	1 437 660

^a RiKo: Richtungskoeffizient. – ^b PPP: Kaufkraftparität. – ^c Ostdeutschland: mit Qualitätsbereinigung. – ^d ER: Wechselkurs.

Quellen: CIA-Factbook 2010; Blum, U.: Can Korea Learn from German Unification? IWH Discussion Paper 3/2011. Halle (Saale) 2011; Maddison, A.: Historical Statistics for the World Economy: 1-2003 AD, 2007, www.ggdc.net/maddison/Historical_Statistics/horizontal-file_03-2007.xls, Zugriff am 28. Januar 2011.

dass das Verhältnis der Pro-Kopf-Einkommen, anders als 1989 zwischen Ost- und Westdeutschland, nicht bei 1:3, sondern bei etwa 1:20 liegt. Überdies ist der Norden bevölkerungsanteilig weit stärker als Ostdeutschland, sodass die Bürde einer Vereinigung für den Süden weitaus schwerer zu tragen sein wird, als sie es für die alte Bundesrepublik jemals war. In Tabelle 1 sind die wesentlichen Grunddaten zusammengefasst. Dabei wird die Wirtschaftsleistung (BIP) sowohl nach Kaufkraftparitäten (PPP) als auch nach ihrem Außenwert aufgeführt. Im Falle Ostdeutschlands wird als Außenwert der so genannte Richtungskoeffizient (RiKo) herangezogen, der ausdrückt, wie viele Ostmark nötig waren, um eine Westmark zu verdienen.¹ Zusätzlich wurden die Daten der DDR für 1989 den westdeutschen Angaben vergleichbar gemacht, indem eine Wertbereinigung der Güterstruktur um unterschiedliche Qualitäten durchgeführt wurde.² Ohne diese Anpassung würde die Wirtschaftsleistung der DDR mit zwei Dritteln des westdeutschen Niveaus ausgewiesen, was – hätte es der Realität entsprochen – offensichtlich eine so starke Transforma-

tionskrise, wie sie zwischen 1990 und 1992 stattfand, ausgeschlossen hätte.

Die in Abbildung 1 dargestellten historischen Verläufe der Pro-Kopf-Einkommen belegen, dass sich Nordkorea weit stärker als Ostdeutschland von der Wirtschaftsentwicklung des „Zwillings“ entkoppelt hat. Deutlich ist zu erkennen, welche Dynamik der anfängliche Aufschwung der Neuen Länder nach der deutschen Vereinigung besaß – mit jährlichen Wachstumsraten weit über den von *Barro* und *Sala-I-Martin*³ postulierten 2%, nämlich von rund 15%, wie *Blum* und *Dudley*⁴ zeigen –, dann aber in eine Phase der Stagnation mündete. *Scheufele* und *Ludwig* vermuten, dass für die Konvergenz der Pro-Kopf-Einkommen in Deutschland ein Zeitraum von rund 50 Jahren anzusetzen ist.⁵ *Funke* und *Strulik* betonen im koreanischen Kontext, dass vor allem Infrastrukturinvestitionen, da sie die Konvergenzgeschwindigkeit bestimmen, wesentlich Treiber der Entwicklung sind – die aber wohl eine Generation in Anspruch nehmen werde.⁶ Im Szenario von *Lee* wird die Einheit erst her-

¹ Der Wert stieg von knapp unter zwei im Jahr 1970 auf 4,6 im Jahr 1989. Vgl. *Schalck-Golodkowski A.; König, H.*: Zur Entwicklung des Kurses der Mark der DDR zu kapitalistischen Währungen seit 1949. Deutsche Demokratische Republik: Berlin 1988. – *Schürer, G.; Beil, G.; Schalck, A.; Höfner, E.; Donda, A.*: Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlußfolgerungen. Deutsche Demokratische Republik: Berlin 1989.

² Vgl. *Blum, U.*: An Economic Life in Vain: Path Dependence and East Germany's Post-Unification Economic Stagnation. IWH Discussion Paper (im Erscheinen).

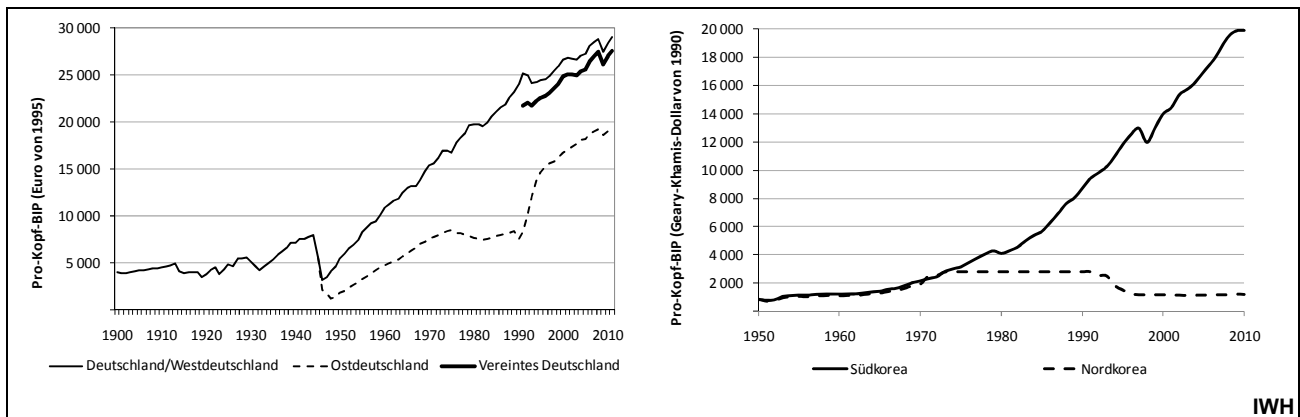
³ *Barro, R.; Sala-I-Martin, X.*: Economic Growth. McGraw-Hill: New York 1995.

⁴ *Blum, U.; Dudley, L.*: Fast Convergence: Institutions and Economic Growth in New East Germany, in: Jahrbuch für Wirtschaftswissenschaften – Review of Economics, Vol. 49 (2), 1998, 124-143, hier 135.

⁵ *Scheufele, R.; Ludwig, U.*: Der lange Weg der Konvergenz, in: IWH, Wirtschaft im Wandel, Jg. 15 (10), 2009, 400-407.

⁶ *Funke, M.; Strulik, H.*: Growth and Convergence in a Two-Region Model: The Hypothetical Case of Korean Unification, in: Journal of Asian Economics, Vol. 16 (2), 2005, 255-279.

Abbildung 1:
Entwicklung der Wirtschaftsleistung in Deutschland und Korea



Quellen: Deutschland: Blum, U.: An Economic Life in Vain. IWH Discussion Paper (im Erscheinen); Korea: Werte von Maddison, A., a. a. O. bis 2003, verlängert mit Wachstumsraten aus dem CIA-Factbook 2010.

gestellt, wenn beide Staaten auf wirtschaftlicher Augenhöhe stehen, nach über 40 Jahren. Dies absorbiert das gesamte wirtschaftliche Wachstum Südkoreas über vier Jahrzehnte.⁷ Die Wirtschaftsleistung des Nordens soll bei *Wolf* binnen vier bis fünf Jahren von 5% auf 10% des südkoreanischen Einkommensniveaus verdoppelt werden, um durch Wohlstandserwartungen Stabilität zu erzeugen. Dazu ist es erforderlich, rund 12% der Wirtschaftsleistung Südkoreas in den Norden zu transferieren.⁸ Beide Szenarien, das einer Angleichung über 40 Jahre hinweg wie auch das Versprechen kurzfristigen Wachstums, erscheinen politisch kaum plausibel.

Wiederaufbau und Investitionen: Die Engpässe der Mittelbeschaffung

Die Wachstumstheorie erklärt wirtschaftliche Expansionsprozesse vor allem aus der Ersparnisbildung, welche Investitionen ermöglicht, aus den Renditeerwartungen sowie der Verfügbarkeit von Technologien und von Humankapital (einschließlich der damit verbundenen Verfügbarkeit von Arbeit). Transformations- und Posttransformationsländer sind aufgrund ihrer historischen gesellschaftlichen Entwicklung nach der jeweiligen Wende bezüglich

ihrer marktwirtschaftlichen Referenzländer in hohem Maße unterentwickelt. Ein aus eigener Ersparnisbildung getriebener Anpassungsprozess beansprucht daher Zeiträume, die als sozial nicht tragfähig erachtet werden. Offene Weltmärkte erhöhen das Risiko des Abwanderns von Eliten, was den Aufbauprozess beschränkt. Insofern muss auf die Ersparnisbildung anderer Länder zurückgegriffen werden, was den wirtschaftlichen Erneuerungsprozess zu einer globalen Integrationsfrage ausweitet. Die Entwicklungsökonomik formalisiert Engpässe für die Finanzierung des erforderlichen Investitionsprogramms in so genannten Gap-Modellen. Standardansatz ist das u. a. von *Polak* und *Taylor* entwickelte *Revised Minimal Standard Model (RMSM)*, das in der Weltbank für eine Vielzahl von Analysen eingesetzt wurde.⁹ In der Tradition der Harrod-Domar-Wachstumsmodelle verbindet es das Zahlungsbilanzgleichgewicht mit Komponenten des inländischen Angebots und der Nachfrage und fragt, welche Aggregate die Investitionsmöglichkeiten begrenzen; im Wesentlichen sind dies die inländische Ersparnisbildung, die Fähigkeit, Kapital im Ausland zu mobilisieren, und die fiskalischen Möglichkeiten, gegeben durch die Differenz aus staatlichem Konsum und Steuereinnahmen. Da der gesamtwirtschaftliche Investitions-

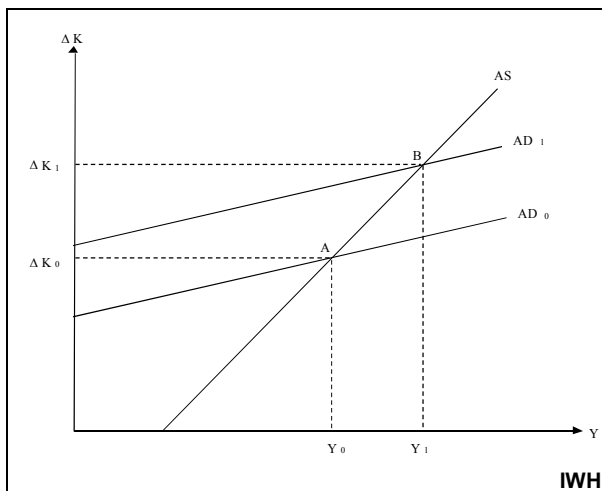
⁷ Lee, Y. S.: Cost of Unification on the Korean Peninsula: A Scenario Approach, in: D. Kim, W. Gumpel, G. K. Kindermann, K.-H. Jung (Hrsg.), *The Disintegration of the Soviet Union and Its Impact on Korea and Germany*, Institute of East and West Studies, Yonsei University 1993, 193-204.

⁸ Wolf, C.: Korean Unification: How It Might Come About and at What Cost, in: *Defence and Peace Economics*, Vol. 17 (6), 2006, 681-690.

⁹ Polak, J.: Monetary Analysis of Income Information and Payments Problems, in: *IMF Staff Papers*, Vol. 6 (1), 1957, 1-50. – Taylor, L.: A Three-Gap Analysis of Foreign Resource Flows and Developing Countries Growth, in: L. Taylor (ed.), *The Rocky Road to Reform*. MIT-Press: Cambridge, Mass. 1993, Ch. 2.

bedarf Nordkoreas auch bei hoher eigener Sparquote nicht in der politisch erforderlichen Zeit befriedigt werden kann, muss – wie seinerzeit im Fall Ostdeutschlands – auf die Ersparnisse des „Marktzwillings“ bzw. des Auslands zurückgegriffen werden.

Abbildung 2:
Wirtschaftspolitische Optionen im RMSM



Quelle: Khan, M. S.; Montiel, P.; Haque, N. U.: Adjustment with Growth: Relating the Analytical Approaches of the IMF and the World Bank, in: Journal of Development Economics, Vol. 32 (1), 1990, 155-179.

Die Ausgangsgleichung des RMSM besagt, dass die Investitionen, I , also die Veränderung des Kapitalstocks, abhängen von der inländischen privaten Ersparnisbildung (Differenz aus Einkommen, Y , Steuern, T , und privatem Konsum, C_p), der öffentlichen Ersparnisbildung (Differenz aus Steuereinnahmen und öffentlichem Konsum, C_G) und dem Außenbeitrag ($M - X$). Ein Dach über der Variablen besagt, dass die Größe wirtschaftspolitisch beeinflusst werden kann, ein Balken weist darauf hin, dass die Größe exogen gesetzt ist.

$$I = \Delta K = (Y - \hat{T} - C_p) + (\hat{T} - \hat{C}_G) + (M - \bar{X}). \quad (1)$$

Angebotsseitig wird die Veränderung des Kapitalstocks ausgedrückt über die Änderung der Wirtschaftsleistung multipliziert mit dem marginalen Kapitalkoeffizienten, ρ , dem Verhältnis aus Investitionen und Wirtschaftswachstum:

$$\Delta K = \rho \cdot Y_t - \rho \cdot Y_{t-1}. \quad (2)$$

Da dieser Kapitalkoeffizient üblicherweise eine höhere Steigung aufweist als die Summe aus marginaler Spar- und Importquote, führt, wie Abbildung 2 verdeutlicht, eine Ausweitung der aggregierten Nachfrage AD zu erhöhten Gleichgewichtswerten für Investitionen und Wirtschaftsleistung. Dies kann, unter sonst gleichen Bedingungen, durch eine Verringerung des öffentlichen Konsums, durch eine Erhöhung der Steuern oder durch vermehrte Importe erreicht werden.

Interdependenzen von Transformation und Integration

Neben den aufgezeigten, saldenmechanischen Beschränkungen einer „Investitionsoffensive“ sind auch die binnenwirtschaftlich ablaufenden Anpassungsprozesse für die Entwicklung einer Posttransformationsökonomie von wesentlicher Bedeutung. Im Falle Nordkoreas ist derzeit durch eine Politik der Autarkie (koreanisch „Juche“) ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht als Ausgangspunkt gegeben. Die Vereinigung und die Währungsunion, also die Übernahme des südkoreanischen Won und eine Integration in die Weltwirtschaft, würden eine Aufwertung auslösen, die eine Reihe von Anpassungen bewirkt (vgl. Kasten 1):

- Durch die Integration sinken die Preise handelbarer Güter im Vergleich zu lokalen nicht handelbaren Gütern. Damit verlieren die im eigenen Land bisher hergestellten, vor allem industriellen Güter massiv an Marktanteilen.
- Durch die Aufwertung sinken die Einnahmen in Inlandswährung und damit der Wert des Kapitalstocks, weil die Gewinnchancen über die Nutzungszeit abnehmen. Ein Teil des Kapitalstocks wird obsolet: Das Produktionspotenzial sinkt, internationale Güter verbilligen sich.
- Die Transformation des Produktionsapparats infolge der Veränderung der Preisverhältnisse zwischen handelbaren und lokalen Gütern und die Implosion des Kapitalstocks verringern die Produktionsmöglichkeiten: International handelbare Produkte verbilligen sich – durch die Aufwertung der Währung noch beschleunigt – und setzen das lokale Angebot an handelbaren Gütern unter Druck, während aufgrund der Transportkosten das Angebot lokaler Güter weniger gefährdet ist.

Kasten 1:
Konsequenzen einer Aufwertung der Währung infolge der Vereinigung

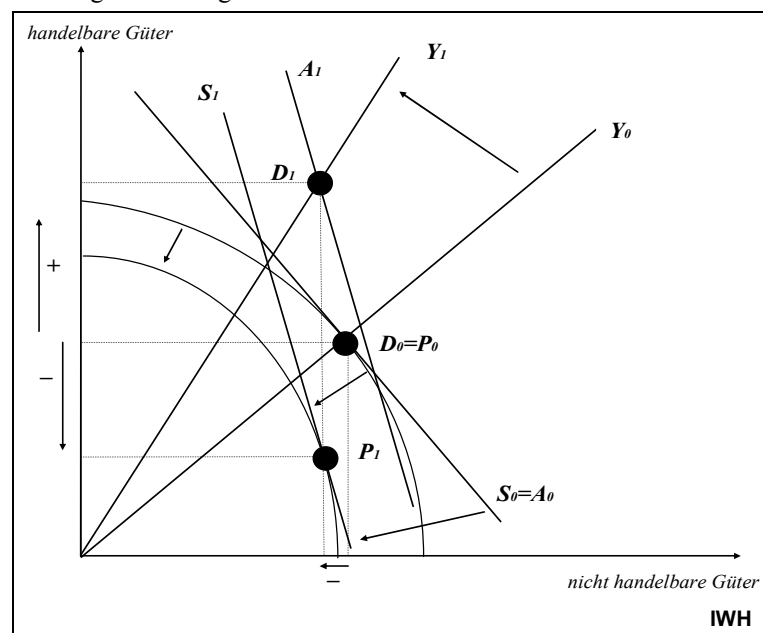
Die übliche Darstellung des Anpassungsvorgangs im Fall der plötzlichen Öffnung eines Landes erfolgt im so genannten Salter-Swan-Meade-Diagramm^a (vgl. Abbildung 3). Es enthält die für die Transformations- und Integrationsprozesse erforderlichen Komponenten, nämlich eine Produktionsmöglichkeitenkurve, die die Substitution zwischen handelbaren und nicht handelbaren Gütern beschreibt, sowie eine Absorptionskurve, deren Steigung die relativen Preise zwischen handelbaren und nicht handelbaren Gütern erfasst.

Im angestrebten Zustand der Autarkie (koreanisch „Juche“) entspricht die Nachfrage den Produktionsmöglichkeiten. Im Punkt $D_0 = P_0$ tangiert die Absorptionskurve $S_0 = A_0$ die Produktionsmöglichkeitenkurve, und die Steigung entspricht dem Preisverhältnis von handelbaren zu nicht handelbaren Gütern. Im Rahmen der Vereinigung erfolgt eine Aufwertung. Deshalb verschiebt sich die Produktionsmöglichkeitenkurve nach innen; die gesamte Wirtschaft verliert an Angebotsfähigkeit. Gleichzeitig werden die handelbaren Güter preiswerter, sodass sich die Preisfunktion des Angebots im Uhrzeigersinn dreht und nach innen zum Produktionspunkt P_1 verschiebt (S_1) und die Absorptionskurve sich mit gleicher Steigung nach außen verschiebt (A_1), beispielsweise zum Punkt D_1 .

Es ergibt sich dann ein Außenhandelsdefizit bei handelbaren Gütern im Abstand zwischen P_1 und D_1 . Definitionsgemäß können nicht handelbare Güter nicht eingeführt werden, sodass der Punkt P_1 genau unterhalb von Punkt D_1 liegen muss. Der Expansionspfad der Wirtschaft verändert sich zugunsten der handelbaren Güter von Y_0 nach Y_1 .

Im Rahmen des Transformationsprozesses verändert sich diese Struktur stetig. Denn Investitionen und die Nachfrage nach lokalen Gütern verschieben mittelfristig die Produktionsmöglichkeitenkurve wieder nach außen, wobei durch den hohen Bedarf an lokaler Wertschöpfung für den Aufbauprozess, vor allem an Bauleistungen, der Sektor der nicht handelbaren Güter bevorzugt wird. Wenn dann die Nachfrage das Angebot übersteigt, werden die relativen Preise zugunsten der nicht handelbaren Güter steigen, womit die Produktionsmöglichkeiten über Lohnerhöhungen bei den handelbaren Gütern verfallen. Platzt diese Blase, wie in Deutschland Ende der 1990er Jahre, tritt eine genau gegenläufige Entwicklung ein, die schließlich in einen nachhaltigen Expansionsprozess mündet.

Abbildung 3:
Wirkungen der Integration auf die Transformation



Quelle: Darstellung des IWH.

^a Greiner, U.; Maaß, H.; Sell, F.: The East German Disease: Volkswirtschaftliche Anpassungsprozesse nach der Deutschen Einheit, in: Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, Jg. 43 (3), 1994, 271-299. – Blum, U.: Are there Free Lunches in East Germany?, in: U. Blum, D. Dietrich, A. Lindner (Hrsg.), Empirische Makroökonomik für Deutschland: Analysen, Prognosen, Politikberatung. Festschrift zum 65. Geburtstag von Udo Ludwig. Schriften des IWH, Bd. 28. Nomos Verlagsgesellschaft: Baden-Baden 2009, 61-83.

- Durch umfangreiche Investitionsmaßnahmen, etwa in der Infrastruktur, kann schnell der Punkt erreicht werden, an dem die Angebotsfähigkeit bei lokalen bauwirtschaftlichen Leistungen unter der Nachfrage der öffentlichen Hand, aber auch Privater liegt. Im Vergleich zu den nicht handelbaren Gütern steigen bei handelbaren Gütern folglich die Preise und die Mengen.

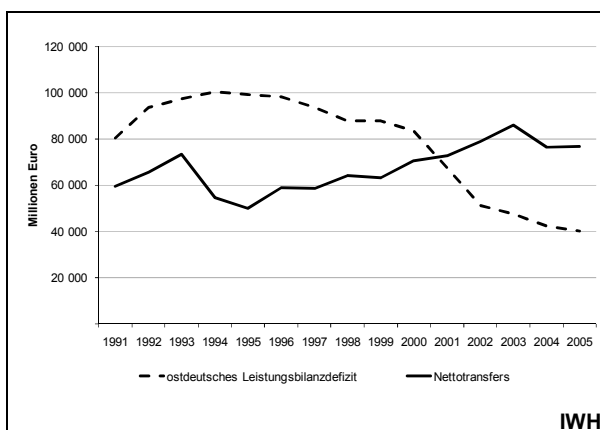
Diese Situation wird als „holländische Krankheit“ bezeichnet, weil die damit verbundenen Lohneffekte – die Beschäftigten in der lokalen Wirtschaft erhalten nämlich risikolose höhere Löhne als die in der internationalen Wirtschaft – eine Entindustrialisierung auslösen. Eine derartige Entwicklung erzeugt zugleich ein Leistungsbilanzdefizit, weil die Möglichkeiten sin-

ken, die Nachfrage aus dem Land heraus zu befriedigen.

Wie stark bedingen sich Leistungsbilanzdefizit und Transfers?

Die Fähigkeit, den Aufbau in Nordkorea finanzieren zu können, hängt in erheblichem Maße vom Mittelbedarf und den Möglichkeiten, diesen Bedarf zu decken, ab. Aus eigener Ersparnis nicht mögliche Inlandsinvestitionen müssen durch ein Leistungsbilanzdefizit finanziert werden. Dieses wird weitgehend vom marktwirtschaftlichen Zwilling ausgeglichen; da so aber auch dessen Exporte umgelenkt werden, sind längerwährende Defizitlagen, wie beispielsweise in Deutschland Anfang der 1990er Jahre, durchaus möglich.

Abbildung 4:
Zeitliche Entwicklung des Leistungsbilanzdefizits und der Nettotransfers in Ostdeutschland



Quelle: Blum, U.; Ragnitz, J.; Freye, S.; Scharfe, S.; Schneider, L.: Regionalisierung öffentlicher Ausgaben und Einnahmen – Eine Untersuchung am Beispiel der Neuen Länder. IWH-Sonderheft 2/2009. Halle (Saale) 2009.

Wenn der marktwirtschaftliche Zwilling in die aufzubauende Region hinein Transfers leistet, ist die Fähigkeit zur Absorption der Investitionsmittel wichtig, soll daraus ein wachstumswirksamer Kapitalstock aufgebaut werden. Das dabei induzierte Steueraufkommen kann dazu beitragen, die Nettotransfers erheblich unter die Bruttotransfers zu drücken. Dies gelingt umso erfolgreicher, je geringer die durch die Transfers erzeugten Allokationsverzerrungen sind und je stärker die von außen kommenden Nachfrageimpulse in der Wirtschaft verarbeitet werden, bevor sie zurück zum marktwirtschaftlichen Zwilling oder ins Ausland abwan-

dem – oder versickern. Gemessen wird dies über die Multiplikatoren der Güterverflechtung. Tatsächlich zeigen Daten für Deutschland keine klaren Interdependenzen. Transfers sind anfangs positiv, später negativ mit dem Leistungsbilanzdefizit korreliert (vgl. Abbildung 4).

Idealerweise sollten Transfers weitgehend investiv verwendet werden und dabei die lokale Produktion anregen; dann bliebe unter sonst gleichen Bedingungen das Leistungsbilanzdefizit unberührt. Es müsste sogar abnehmen, würde sich über die Zeit die Exportbasis durch Aufbau eines Kapitalstocks verbessern. Es würde zunehmen, flössen alle Übertragungen in Importe oder verhinderten sie Exporte durch lokale Nachfrage; Gleiches geschähe bei durch Transfers ausgelöster allokativer Ineffizienz. Als selbsttragend könnte eine Situation bezeichnet werden, in der Leistungsbilanzdefizite abgebaut und Transfers obsolet werden. Im Sinne der Entwicklungsökonomik sind sogar anschließende Überschüsse erwünscht, um die externe Verschuldung abzubauen.

Im Kontext der deutschen Vereinigung kann der Zusammenhang zwischen Leistungsbilanzdefizit und Transfers für Ostdeutschland modelliert und geschätzt werden, da die Nettotransfers, ebenso wie Angaben zum Leistungsbilanzdefizit, für eine Zeit von 15 Jahren vorliegen (vgl. Kasten 2). Es zeigt sich in Abbildung 4, dass Transfers das Leistungsbilanzdefizit erst nach langer Zeit senken, die erhofften positiven Investitionseffekte zur Verbesserung der Exportbasis erst langsam greifen und auch das Transfervniveau dann noch nicht verringern. Offensichtlich sind Transfers (allein) nicht in der Lage, die erwünschte Stabilisierungsentwicklung auszulösen, weil sie auch Allokationsineffizienzen bewirken.

Die voraussichtlichen Kosten der koreanischen Vereinigung

Darüber hinaus stellt sich die Frage, wie stark die Absorptionsfähigkeit der Wirtschaft ausgestaltet ist, also die Fähigkeit, aus Transferimpulsen Steueraufkommen zu generieren. Dies hängt von der Auslastung der Wirtschaft ab und von dem Grad der Binnenverflechtung, die bedingt, wie schnell Impulse in Drittregionen bzw. ins Ausland abfließen.

Kasten 2:

Interdependenz von Leistungsbilanz und Transfers während der Transformation Ostdeutschlands

Ausgangspunkt ist die Bilanzgleichung (1), die umgestellt wurde und um die Übertragungen, U , und eine nicht zu beobachtende Variable der Allokationsverzerrung, A , bei den Investitionen, $I = \Delta K$, ergänzt wird. In der Darstellung steht im mittleren Teil die Ersparnisfunktion, im rechten die Absorptionsfunktion im Vordergrund.

$$D = (M - \bar{X}) = \Delta K + A - (Y - \hat{T} - C_p) - (\hat{T} - \hat{C}_g) - \hat{U} = I + A + C - Y - \hat{U} \quad (3)$$

Das Pro-Kopf-Leistungsbilanzdefizit (D) bzw. die Pro-Kopf-Nettotransfers (U) zugunsten Ostdeutschlands (Positionstausch von U und D in der Gleichung) werden erklärt durch das Verhältnis des ostdeutschen Bruttoinlandsprodukts pro Erwerbstätigen zum westdeutschen als wesentliche nachfrageseitige Determinante (Y) sowie durch den Bevölkerungsanteil des Ostens (P), auch wegen der Migrationsdynamik, und das Lohnniveau (W) als Ausdruck der relativen Wettbewerbsfähigkeit. Die über 15 Jahre reichenden Daten ($n = 15$) wurden *Blum, Ragnitz et al.*^a und der amtlichen Statistik entnommen. Alle Variablen wurden logarithmiert, sodass die Parameter in Tabelle 2 als Elastizitäten zu lesen sind. Das erste Modell basiert auf einer einfachen Kleinstquadratschätzung; das zweite Modell berücksichtigt zeitlich abhängige Residuen. Im dritten Modell wird die Interdependenz der Modelle explizit berücksichtigt: Instrumente sind bei den echten Exogenen die um eine Periode zeitverzögerten Werte, womit der Umfang der Stichprobe auf $n = 14$ sinkt. Instrument der Übertragungen ist ein Zeittrend, Instrument des Leistungsbilanzdefizits der Kurs des Dollars pro Euro. Die Allokationsvariable (A) wird hier den beiden Variablen U und D als Treiber der Verzerrung zugeordnet.

Tabelle 2:

Ergebnisse der Regressionsanalyse von Transfers und Leistungsbilanzdefizit

Variable	OLS-Modell 1	SUR-Modell 2	3SLS-Modell 3
	<i>Leistungsbilanzdefizit pro Einwohner (D)</i>		
Konstante (Investitionen)	-48,973** (4,03)	-48,973** (4,71)	-56,031** (5,01)
Gesamtdeutsches Einkommen (Y)	6,010** (5,50)	6,010** (6,43)	6,880** (6,96)
Bevölkerungsanteil Ost am Westen (P)	27,548** (9,53)	27,548** (11,13)	31,975** (12,65)
Lohnniveau Ost zu West (W)	2,166** (9,53)	2,166** (9,93)	2,980** (6,58)
Transfers pro Einwohner (U)			0,335** (4,71)
Adj. R ²	0,98	0,98	0,98
	<i>Transfers pro Einwohner (U)</i>		
Konstante (Investitionen)	41,485 (1,70)	41,486* (1,99)	167,269** (3,17)
Gesamtdeutsches Einkommen (Y)	-4,238* (1,93)	-4,238* (2,26)	-20,54** (3,62)
Bevölkerungsanteil Ost am Westen (P)	-16,13** (2,78)	-16,13** (3,24)	-95,45** (4,25)
Gesamtdeutsches Einkommen (Y)	0,454 (0,89)	0,454 (1,04)	-8,90** (4,55)
Leistungsbilanzdefizit pro Einwohner (D)			2,985** (4,16)
Adj. R ²	0,68	0,68	0,50

** , * : signifikant zum 5%- bzw. 10%-Niveau.

Quelle: Schätzungen des IWH.

Aus statistischer Sicht ähneln sich die Modelle 1 und 2 – letzteres besitzt eine erhöhte Signifikanz der geschätzten Parameter. Indem das Endogenitätsproblem in Gleichung 3 berücksichtigt wird, steigt die Signifikanz und wird die Elastizität des Leistungsbilanzdefizits in der ersten Gleichung (0,335) konsistent mit der Elastizität der Transfers in der zweiten Gleichung (2,985) – beide ergeben miteinander multipliziert näherungsweise den Wert eins. Die private und öffentliche Ersparnis, getrieben durch Einkommen, Lohnniveau und Bevölkerungsumfang, besitzen bei der Transfergleichung das gemäß Gleichung 3 erwartete negative Vorzeichen. In der Leistungsbilanzgleichung dominiert die Sicht auf die Absorptionsfunktion – steigt diese, erhöht sich das Defizit. Die positiven Vorzeichen der Übertragungen in der Leistungsbilanzgleichung (und umgekehrt) zeigen, dass Allokationsprobleme relevant sind.

^a *Blum, U.; Ragnitz, J. et al.: Regionalisierung öffentlicher Ausgaben und Einnahmen – Eine Untersuchung am Beispiel der Neuen Länder. IWH-Sonderheft 2/2009. Halle (Saale) 2009.*

Tabelle 3:
Kosten der Vereinigung gemäß den Modellschätzungen

	Korea	Deutschland
Bevölkerungsanteil im Norden bzw. Osten an der Gesamtheit	0,33	0,20
Anteil des Pro-Kopf-BIP	0,05	0,20
Abstand zum 60%-Einkommen	0,55	0,40
Vorläufiger Transferbedarf (Mio. US-Dollar bzw. Mio. Euro)	265 697	166 053
Bruttotransferanteil am BIP des Südens bzw. Westens	0,27	0,10
Durchschnittsmultiplikator	0,35	0,80
Steuer- und Abgabenquote am BIP	0,30	0,50
Nettotransferquote	0,24	0,06

Quelle: Berechnungen des IWH.

Da keine originär koreanischen Daten verfügbar sind, wurde die Höhe der Multiplikatoren auf Basis deutscher Daten geschätzt.¹⁰ Für Ostdeutschland lag das Niveau im Mittel der Sektoren bei etwa 0,8. Für Korea ergeben sich bei Unterstellung der Daten aus Tabelle 1 Werte von ungefähr 0,35.

Bei einer Modellschätzung der Kosten der Vereinigung sind zunächst die Belastungen einer Stabilisierung der Einkommensposition des Nordens für die öffentlichen Haushalte des Südens zu prüfen. Unterstellt wird, dass die Pro-Kopf-Einkommen auf 60% des marktwirtschaftlichen Zwillings steigen müssen – das sind Werte, die in beiden Ländern in der Größenordnung der sozialen Absicherung liegen. Dann kann vermutet werden, dass massive Abwanderungen ausbleiben und damit für Investoren auch ein Markt mit qualifizierten Arbeitskräften sichtbar wird. Die Berechnungen in Tabelle 3 basieren auf dieser Hypothese. In Ostdeutschland lag die Produktivität bei 20% des Westens, daher mussten 40% ergänzt werden. Der erforderliche Transferbedarf von 166 Mrd. Euro entsprach 10% der westdeutschen Wirtschaftsleistung. Bei einem durchschnittlichen Multiplikator von 80% in Ostdeutschland und einer Steuer- und Abgabenquote von 50% ergeben sich dann Rückflüsse von etwa 4%, sodass der Nettobedarf bei rund 6% der Wirtschaftsleistung Westdeutschlands liegt. Diese Werte kommen der Wirklichkeit sehr nahe.

Für Nordkorea ist die eigene Wirtschaftskraft pro Einwohner nur bei 5% anzusiedeln, weshalb 55% zu ergänzen sind, was knapp 276 Mrd. Dollar an Transfervolumen bedeutet. Das sind 27% der

südkoreanischen Wirtschaftsleistung. Bei einem Durchschnittsmultiplikator im Norden von 35% und einer Steuer- und Abgabenquote von 30% ergibt sich eine Nettotransfersumme von 24% der südkoreanischen Wirtschaftsleistung.

Fazit

Ein Transfer von annähernd einem Viertel der Wirtschaftsleistung ist für Südkorea nicht zu leisten, träten doch auch noch erhebliche Kosten der Migration hinzu. Damit wird die Koreanische Einheit zu einer Aufgabe für die Gesamtregion. Die Modernisierung des Nordens liegt offensichtlich im Interesse aller Beteiligten, um die Anpassungslasten zu minimieren. Die kontinuierliche Durchdringung des Nordens mit Sonderwirtschaftszonen – nicht nur aus Südkorea, sondern auch aus China heraus – liegt also im allgemeinen Interesse. Je international offener das Land vor der Einheit ist, desto leichter fällt der Übergang. Nicht nur dies lehrt das deutsche Beispiel; es zeigt auch, dass die Beschäftigung zugewanderter Qualifizierter in der Wirtschaft erhebliche Wachstumseffekte auslösen und damit Entlastungen für die Transferleistungen bringen kann. Allein durch die Nettomigration von Ost- nach Westdeutschland hat sich die Wirtschaftsleistung des Westens um rund 25% erhöht. Deutlich wird das an der Veränderung der Verschuldung, die in Deutschland weit unter der liegt, die die europäischen Nachbarländer in den 20 Jahren von 1990 bis 2010 erleben mussten.

¹⁰ Vgl. Blum, U.: Can Korea Learn from German Unification? IWH Discussion Paper 3/2011. Halle (Saale) 2011.

Energetische Aufwertung vermieteter Mehrfamilienhäuser: Die kleinen Wohnungsanbieter tun sich schwer – Auswertungen auf Grundlage des ista-IWH-Energieeffizienzindex* –

Sebastian Rosenschon, Christian Schulz, Claus Michelsen

Das im Herbst 2010 vorgestellte Klimakonzept der Bundesregierung hat eine heftige Kontroverse über die Wirtschaftlichkeit energetischer Gebäudesanierungen nach sich gezogen. Der vorliegende Beitrag greift den Aspekt unterschiedlicher Eigentümerstrukturen im Mehrfamilienhausbereich auf und zeigt, dass die Ergebnisse energetischer Sanierungsmaßnahmen hinsichtlich der Größe eines Anbieters differenziert betrachtet werden müssen. Die einführende Diskussion theoretischer Argumente legt dabei nahe, dass große Immobilieneigentümer aufgrund ihrer Erfahrung in der Planung und Durchführung von Sanierungen sowie aufgrund von Größenvorteilen bei der Beschaffung und Ausführung von Bauleistungen zu geringeren Grenz- und Durchschnittskosten sanieren können. In der Folge sollten bei diesen Anbietern nach Abschluss der Sanierung höhere Energieeffizienzniveaus zu beobachten sein. Hierfür können im Rahmen einer regressionsanalytischen Untersuchung starke Indizien präsentiert werden. Die Sanierungsergebnisse unterscheiden sich signifikant: Während Kleinst- und Kleinanbieter mit einer Vollsanierung eine durchschnittliche Verbesserung der Energiekennwerte um 14,7% bzw. 16,7% erreichten, lag dieser Wert bei Großeigentümern bei 32,3%. Für politische Entscheidungen hinsichtlich der Fortentwicklung der Energieeinsparverordnung bedeutet dies, dass pauschale Vorschriften und Regelungen im Bestreben um mehr Energieeffizienz zu kurz greifen.

Ansprechpartner: Claus Michelsen (Claus.Michelsen@iwh-halle.de)

JEL-Klassifikation: R31, D21

Schlagwörter: Energieeffizienz, Wohnimmobilien, Eigentümergröße, energetische Sanierung

Mit der Vorstellung des Klimakonzepts der Bundesregierung im Herbst 2010 ist eine heftige Kontroverse über die Umsetzbarkeit ehrgeiziger Energieeinsparziele im Gebäudebestand entbrannt. Vor allem der zunächst vorgesehene Sanierungszwang für Immobilieneigentümer wurde kritisiert und im Ergebnis durch das Prinzip der Freiwilligkeit und einer Politik der Anreize ersetzt.¹ Dennoch werden von verschiedenen Seiten Bedenken vorgetragen, ob das bestehende Instrumentarium ausreicht, um das Ziel einer Klimaneutralität des Immobilienbestands durchzusetzen.

* Dieser Beitrag ist im Rahmen des durch die Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz geförderten Projekts „Energetische Aufwertung und Stadtentwicklung“ (EASE) entstanden, welches in Kooperation mit dem Institut für ökologische Raumentwicklung (IÖR) Dresden und dem E.ON Energy Research Center an der RWTH Aachen bearbeitet wird.

¹ Vgl. *BMW; BMU*: Energiekonzept für eine umweltschonende, zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung. Berlin 2010.

Diese Zweifel werden auch in die aktuelle Diskussion um die Novellierung der Energieeinsparverordnung (EnEV) für das Jahr 2012 hineingetragen. Kritikpunkte sind dabei die mangelnde Berücksichtigung regionaler Marktstrukturen und räumlicher Disparitäten des Bestands² sowie der wirtschaftlichen Tragbarkeit von Sanierungsmaßnahmen bei Gebäuden unterschiedlichen Alters.³

² Beispielsweise zeigt der ista-IWH-Energieeffizienzindex ein starkes Gefälle in den Energiekennwerten zwischen Ost- und Westdeutschland sowie zwischen dem Norden und Süden. Vgl. *Michelsen, C.*: Aktuelle Trends: ista-IWH-Energieeffizienzindex 2009 – Weiterhin sinkender Energieverbrauch in Mehrfamilienhäusern, in: *IWH, Wirtschaft im Wandel*, Jg. 16 (12), 2010, 548.

³ Untersuchungen zeigen hier, dass die Differenz des Energieverbrauchs sanierter und unsanierter Gebäude mit dem Baualter deutlich variiert. Vgl. beispielsweise *Michelsen, C.; Müller-Michelsen, S.*: Energieeffizienz im Altbau: Werden die Sanierungspotenziale überschätzt? Ergebnisse auf Grundlage des ista-IWH-Energieeffizienzindex, in: *IWH, Wirtschaft im Wandel*, Jg. 16 (9), 2010, 447-455, oder *Greller, M. et al.*: Universelle Energiekennwerte für Deutschland – Teil 2:

Zudem werden auseinanderfallende Anreizstrukturen bei selbstnutzenden Eigentümern, Vermietern und Mietern sowie baukulturelle und städtebauliche Argumente angeführt. Von den Eigentümerverbänden werden darüber hinaus Aspekte der praktischen Umsetzbarkeit von Investitionen in die Energieeffizienz von Immobilien ins Feld geführt: So argumentiert beispielsweise die Wohnungs- und Immobilienwirtschaft vor dem Hintergrund notwendiger Mietsteigerungen infolge von Investitionen, dass soziale Ziele in der Wohnraumversorgung nicht außer Acht gelassen werden dürften.⁴ Verschärfte Auflagen zur Erhöhung der Energieeffizienz könnten zudem für Immobilieneigentümer mit kleinen Beständen eine Überforderung darstellen, da diesen die notwendige Liquidität für entsprechende Investitionen fehle oder aber die Amortisationsdauer der Investition die eigene verbleibende Lebenserwartung übersteigen würde.⁵

Neben den genannten Aspekten sprechen jedoch noch andere, naheliegende Gründe für ein unterschiedliches Investitionsverhalten von Immobilienvermietern: Allein aufgrund der Unternehmensgröße (gemessen an der Anzahl der vermieteten Wohnungen) sind Effekte bei den Erstellungskosten, der Planung und der Durchführung von Baumaßnahmen zu erwarten, die im Ergebnis zu unterschiedlichen Energieeffizienzniveaus von Immobilien führen können. Der vorliegende Beitrag greift diese Vermutung auf und prüft auf Grundlage tatsächlich gemessener Energieverbräuche für Raumwärme und den daraus berechneten Energiekennwerten, ob und wie sich Größeneffekte bei Sanierungen auf die Energieeffizienz auswirken. Dabei wird der umfangreiche Datenbestand des Energiedienstleisters ista Deutschland GmbH ausgewertet.

Im folgenden Abschnitt wird der oben skizzierte Zusammenhang zunächst theoretisch unteretzt. Einer Beschreibung der verwendeten Daten schließen sich regressionsanalytische Auswertungen an. In dieser Analyse finden neben dem Merk-

Verbrauchskennzahlenentwicklung nach Baualtersklassen, in: Bauphysik, Bd. 32 (1), 2010, 1-6.

⁴ Vgl. *GdW*: Klimaschutz mit Augenmaß: Wohnkosten nicht unnötig verteuern! Passivhaus verteuert Baukosten, in: Wohnungspolitische Informationen Nr. 45, 2010, 9.

⁵ Vgl. *Haus & Grund*: Klimarettter Wohnungsbestand? Das Energiekonzept der Bundesregierung im Praxis-Test, in: *Haus & Grund Report 2/2010*, 2010.

mal der Größe der Anbieter Informationen über das jeweilige Gebäude, wie Größe, Sanierungszustand einzelner Bauteile sowie räumliche Differenzierungen Berücksichtigung.

Größenvorteile bei der energetischen Sanierung

Theoretische Argumente zu Effekten der Unternehmensgröße liefert die Transaktionskostentheorie⁶ als wesentlicher Teilbereich der modernen Industrie- und Institutionenökonomik. *Coase* argumentiert, dass Unternehmen als größere Organisationseinheiten ihre Aktivitäten kostengünstiger intern koordinieren können, als dies einem Einzelakteur über den Markt zu dem dort herrschenden Preis möglich ist. Durch die Bündelung von Produktionsfaktoren in einem Unternehmen können diese unter geringeren Transaktionskosten kombiniert und eingesetzt werden. Ein großes Unternehmen kann daher unter sonst gleichen Bedingungen zu geringeren Kosten produzieren als ein kleines Unternehmen oder gar ein Einzelakteur, der alle notwendigen Leistungen zukaufen muss. Auf den von ausgeprägten Größenunterschieden zwischen den wesentlichen Anbietertypen geprägten deutschen Mietwohnungsmarkt⁷ übertragen ist daher zu erwarten, dass größere Wohnraumanbieter Skalen- und Verbundvorteile in der Erstellung und Bewirtschaftung ihrer Bestände generieren und eine effiziente Informationsverarbeitung hinsichtlich der Marktbedingungen erreichen können.⁸

So besteht gerade bei privaten Kleinvermietern das Eigentum in der Regel aus nur wenigen Wohneinheiten, die zudem räumlich oft nicht zusammenhängen. Demgegenüber besitzen Wohnungsunternehmen bedeutend größere Mietwohnungsbestände,

⁶ Grundlegend hierzu *Coase, R. H.*: The Nature of the Firm, in: *Economica*, Vol. 4 (16), 1937, 386-405.

⁷ Im deutschen Mietwohnungsmarkt befinden sich fast zwei Drittel des Bestands in der Hand privater Kleinvermieter, etwa ein Sechstel im Besitz privatwirtschaftlicher Eigentümer und das verbleibende Fünftel in kommunaler, genossenschaftlicher sowie kirchlicher Hand. Veränderungen in der Anbieterstruktur sind zudem in einem verstärkten Engagement großer (internationaler) Finanzinvestoren zu beobachten. Vgl. *BMVBS; BBR* (Hrsg.): Veränderung der Anbieterstruktur im deutschen Wohnungsmarkt und wohnungspolitische Implikationen. Berlin, Bonn 2007. – *BBSR* (Hrsg.): Informationen zur Raumentwicklung, Heft 5/6 2010. Bonn 2010.

⁸ Zu den Wettbewerbsvorteilen unterschiedlich großer Unternehmen vgl. zum Beispiel *Blum, U. et al.*: Angewandte Institutionenökonomik. Dresden, Montreal, Halle 2005.

die tendenziell stärker in zusammenhängenden Gebäudekomplexen oder größeren Wohnblocks konzentriert sind. Aus der größeren Kompaktheit der Gebäude- bzw. Bestandsstruktur können im Rahmen energetischer Sanierungen Kostenvorteile aufgrund des geringeren spezifischen Aufwands, beispielsweise hinsichtlich der zu dämmenden Fassadenfläche bezogen auf den Quadratmeter Wohnraum, resultieren. Ferner ist zu vermuten, dass sich die notwendigen Arbeitsprozesse in einem größeren Gesamtkomplex effizienter aufteilen lassen und die energetische Sanierung damit schneller und kostengünstiger gestaltet werden kann (Skalenvorteile). Darüber hinaus liegt es nahe, dass ein Investor, der einen größeren Gebäudekomplex energetisch aufwertet, eine stärkere Verhandlungsposition gegenüber den Lieferanten von Baumaterial und dem Anbieter von Bauleistungen besitzt als ein Kleinvermieter, der nur geringe Mengen an z. B. Dämmmaterialien oder neuen Fenstern benötigt. Auch dürften größere Wohnraumanbieter eher in der Lage sein, einzelne Bauleistungen unternehmensintern und damit günstiger zu erstellen als ein kleiner Wohnraumanbieter, der diese am Markt zukaufen muss (Vorteil der vertikalen Integration, Verbundvorteil).

Insgesamt lassen die genannten Überlegungen vermuten, dass sich, gemäß der Optimierungsbedingung in einem Wettbewerbsmarkt,⁹ für große Eigentümer aufgrund ihrer spezifischen Grenzkostenstruktur ein anderes betriebswirtschaftlich effizientes Sanierungsniveau ergibt als für kleine Eigentümer.¹⁰

⁹ Eine Investition ist dann betriebswirtschaftlich optimal, wenn die Grenzkosten der Investition gleich ihrem Grenztrag sind. Vgl. beispielsweise *Lee, G. S.*: Wohnimmobilienmärkte, in: K. W. Schulte (Hrsg.), *Immobilienökonomie*, Band IV: Volkswirtschaftliche Grundlagen. München 2008.

¹⁰ Einen Überblick über die unterschiedlichen und zum Teil gegensätzlichen Investitionsmotive und -strategien zwischen privaten „Amateuranbietern“ und „professionellen“ privatwirtschaftlichen Anbietern sowie institutionellen Investoren bieten: *Kühne-Büning, L.*; *Nordalm, V.*; *Stevelling, L.* (Hrsg.): *Grundlagen der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft*. Frankfurt (Main) 2005, 109 ff. Weiterführende Überlegungen bezüglich der Attraktivität einer Anlageentscheidung von Kleinanbietern in Wohnimmobilien liefert beispielsweise *Brown, R. J.*: Risk and Private Real Estate Investment, in: *Journal of Real Estate Portfolio Management*, Vol. 10 (2), 2004, 113-127.

Lernkurveneffekte

Neben den bislang diskutierten statischen Zusammenhängen ist zu berücksichtigen, dass verschieden große Wohnraumanbieter in unterschiedlichem Maß auf Informationen und Erfahrungswissen zurückgreifen können. Beide sind für Marktakteure nicht kostenlos und entfalten ihren Nutzen zudem erst in dynamischer Hinsicht. Das Auswerten von Erfahrungen erzeugt Lernkurveneffekte, welche dazu führen können, dass die Kosten energetischer Sanierungsmaßnahmen sinken bzw. die Grenzproduktivität der eingesetzten Mittel ansteigt.¹¹ So führen wiederholte Sanierungsmaßnahmen bei großen Vermietern beispielsweise zu einer Verringerung der Fehlerrate (etwa in der Ausschreibung notwendiger Bauleistungen) sowie zu Erkenntnissen, mit welcher Technologie oder auch welchem Anbieter von Bauleistungen ein bestimmtes Sanierungsniveau kosteneffizient zu erreichen ist. Weiterhin besitzen große Wohnraumanbieter durch ihre Organisation als arbeitsteiliges Unternehmen andere institutionelle Voraussetzungen, um entsprechende Investitionen umfassend zu planen, vorzubereiten und durchzuführen. Ein ähnliches Erfahrungswissen und Niveau organisatorischer Fähigkeiten ist bei kleineren Anbietern nicht im selben Umfang zu vermuten.

Die präsentierten Überlegungen liefern Argumente, dass größere Wohnraumanbieter unter sonst gleichen Bedingungen aufgrund von Größen- und Professionalisierungsvorteilen einen höheren effizienten Rand für energetische Sanierungsinvestitionen aufweisen, weshalb erwartet werden kann, dass sie im Rahmen von energetischen Aufwertungsinvestitionen den Energiekennwert ihrer Bestände im Mittel stärker absenken werden als kleine Immobilienanbieter. Die nachfolgende empirische Analyse überprüft diese Hypothese anhand tatsächlich gemessener Energieverbräuche von Mietwohnungsbeständen unterschiedlich großer Anbieter.

¹¹ Vgl. *Gawel, E.*: Grundzüge der mikroökonomischen Theorie. Leipzig 2009, 848. Zu optimalem Sanierungsverhalten im Rahmen von Sanierungszyklen vgl. *Williams, J. T.*: Redevelopment of Real Assets, in: *Real Estate Economics*, Vol. 25 (3), 1997, 387-407.

Datengrundlage und Methodik

Als Grundlage der Auswertungen dienen Informationen aus der Verbrauchsdatenbank (ca. 312 000 Gebäude) und der Energieausweisdatenbank (ca. 200 000 Gebäude) des Energiedienstleisters ista Deutschland GmbH, die im Rahmen einer multiplen linearen Regression analysiert werden. Dabei werden Energiekennwerte nach VDI 3807¹² einzelner Mehrfamilienhäuser (mehr als zwei Wohnungen) aus der Heizperiode 2008 mit zusätzlichen Informationen aus verbrauchsbasierten Energieausweisen zusammengeführt. Nach Bereinigung des Datensatzes um fehlende Werte umfasst dieser ca. 100 000 vollständige Beobachtungen einzelner Mehrfamilienhäuser.

Ziel der Schätzung ist es, Unterschiede in den Energiekennwerten in Abhängigkeit von der gewählten Sanierungskombination wesentlicher Bauteile, differenziert nach der Größe des Immobilienanbieters, zu erklären. Als abhängige Variable wird der natürliche Logarithmus des gebäudespezifischen, witterungs- und klimabereinigten Heizenergiekennwerts verwendet. Durch diese Spezifikation der Regressionsgleichung können die geschätzten Koeffizienten nach einer Umrechnung als durchschnittliche prozentuale Veränderung des gebäudespezifischen Energiekennwerts interpretiert werden, die sich bei der Sanierung bestimmter Bauteilkombinationen einstellt.¹³ Tabelle 1 gibt einen Überblick über die im Modell berücksichtigten Variablen und deren Definition.

Die zentralen erklärenden Größen sind Sanierungsmaßnahmen an einzelnen Bauteilen und deren Kombination. Um Unterschiede in der Sanierungstätigkeit nach Anbietergrößen untersuchen zu können, werden diese nach Größenklassen gruppiert in das Schätzmodell aufgenommen und mit den Sanierungsvariablen interagiert. Die Gruppeneinteilung erfolgt dabei auf Grundlage von Plausibilitätsüberlegungen: Es ist zu erwarten, dass An-

¹² Zum Berechnungsverfahren vgl. *Verein Deutscher Ingenieure (VDI): Energie- und Wasserverbrauchskennwerte für Gebäude – Grundlagen. VDI-Richtlinie 3807. Berlin 2007.* Die hier präsentierten Werte sind um den Aufwand für die Warmwasserbereitung bereinigt. Sie beziehen sich auf die Wohnfläche eines Gebäudes.

¹³ Die Umrechnung erfolgt mit $g = \exp\left(\hat{\beta} - \frac{1}{2}\hat{V}(\hat{\beta})\right) - 1$. Vgl. *Kennedy, P.: Estimation with Correctly Interpreted Dummy Variables in Semilogarithmic Equations, in: American Economic Review, Vol. 71 (4), 1981, 801.*

Tabelle 1:
Verwendete Variablen im Überblick

Variable	Definition/Ausprägung
<i>Abhängige Variable</i>	
Energiekennwert (kWh/m ² a)	ln (Energiekennwert nach VDI 3807)
<i>Erklärende Variablen (Dummy-Variablen 0,1)^a</i>	
Sanierungsstand Fassade	Sanierung innerhalb der letzten 15 Jahre
Sanierungsstand Fenster	Basis: <i>unsaniert oder letzte Sanierung vor mehr als 15 Jahren</i>
Sanierungsstand Dach	
Sanierungsstand Kellerdecke	
Sanierungsstand Heizung	
Kleinstanbieter	bis 20 WE ^b
Kleinanbieter	21 bis 200 WE
Mittlere Anbieter	201 bis 1000 WE
Großanbieter	mehr als 1 000 WE
<i>Kontrollvariablen</i>	
Sanierungszustand des Bauteils „unbekannt“	Indikator = 1, sonst 0
Gebäudealter	Alter in Jahren nach Klassen
Gebäudegröße	Anzahl der Wohneinheiten des Gebäudes nach Klassen Stand 2007;
Raumordnungsregionen	Basis: <i>Raumordnungsregion Nr. 84</i>

^a Bei fünf Bauteilen ergeben sich $2^5 = 32$ mögliche Bauteilkombinationen. Kombiniert mit vier Anbietergrößenklassen müssen insgesamt 127 Sanierungsparameter + Konstante geschätzt werden. Über die Qualität der jeweiligen Sanierungsmaßnahmen, z. B. über Material oder Dämmstärke der Fassadendämmung, lagen keine Informationen vor. – ^b WE = Wohneinheit.

Quelle: Darstellung des IWH.

bieter mit bis zu 20 Wohneinheiten (Kleinstanbieter) nicht als professionelle Immobilienanbieter am Markt auftreten. Bei Anbietern mit mehr als 200 Wohnungen im Bestand (mittlere Anbieter) bzw. mehr als 1 000 Wohneinheiten (große Anbieter) kann nach aller Erfahrung davon ausgegangen werden, dass eine professionelle Bewirtschaftung erfolgt. Den Übergang vom „Amateurvermieter“ zum professionellen Anbieter bildet die Klasse von 21 bis 200 Wohneinheiten (kleine Anbieter). Um mögliche Einflüsse des Gebäudealters, der Gebäudegröße und der räumlichen Lage von den eigentlich zu untersuchenden Effekten zu isolieren, werden diese Informationen als Kontrollvariablen ebenfalls in die Schätzung einbezogen.¹⁴

¹⁴ Damit werden in der Modellierung explizit Ergebnisse vorheriger Arbeiten aufgenommen. Vgl. *Michelsen, C.: Aktuelle Trends: Deutlicher Sanierungsvorsprung ostdeutscher Bestandsimmobilien, in: IWH, Wirtschaft im Wandel, Jg. 15 (9), 2009, 359. – Michelsen, C. (2010), a. a. O. – Michelsen, C.; Müller-Michelsen, S., a. a. O.*

Tabelle 2:

Darstellung (Auswahl) geschätzter Parameter des Gesamtmodells

- Abhängige Variable: \ln (Energiekennwert); Auswahl für Sanierungsmaßnahmen bei mindestens vier sanierten Bauteilen -

						Koeffizient	Standardfehler ^a	
	<i>Sanierte Bauteile seit 1993</i>	Dach	Fassade	Fenster	Kellerdecke	Heizungsanlage		
<i>Teilsanierung von... durch...</i>		•	•	•	•	Kleinstanbieter	-0,0551**	0,0249
		•	•	•	•	Kleinanbieter	-0,1023*	0,0617
		•	•	•	•	mittlere Anbieter	-0,0690*	0,0388
		•	•	•	•	große Anbieter	-0,3822***	0,0358
<i>Teilsanierung von... durch...</i>		•	•	•	•	Kleinstanbieter	-0,0718***	0,0146
		•	•	•	•	Kleinanbieter	-0,1126***	0,0331
		•	•	•	•	mittlere Anbieter	-0,1173***	0,0237
		•	•	•	•	große Anbieter	-0,1927***	0,0293
<i>Teilsanierung von... durch...</i>		•	•	•	•	Kleinstanbieter	-0,1237***	0,0333
		•	•	•	•	Kleinanbieter	-0,1120*	0,0669
		•	•	•	•	mittlere Anbieter	-0,2012***	0,0386
		•	•	•	•	große Anbieter	-0,2557***	0,0412
<i>Teilsanierung von... durch...</i>		•	•	•	•	Kleinstanbieter	-0,1001***	0,0279
		•	•	•	•	Kleinanbieter	-0,0803*	0,0453
		•	•	•	•	mittlere Anbieter	-0,2486***	0,0384
		•	•	•	•	große Anbieter	-0,3220***	0,0173
<i>Teilsanierung von... durch...</i>		•	•	•	•	Kleinstanbieter	-0,1134***	0,0083
		•	•	•	•	Kleinanbieter	-0,1408***	0,0132
		•	•	•	•	mittlere Anbieter	-0,1759***	0,0121
		•	•	•	•	große Anbieter	-0,2971***	0,0105
<i>Vollsanierung seit 1993</i>		•	•	•	•	Kleinstanbieter	-0,1593***	0,0087
		•	•	•	•	Kleinanbieter	-0,1827***	0,0112
		•	•	•	•	mittlere Anbieter	-0,2650***	0,0085
		•	•	•	•	große Anbieter	-0,3896***	0,0077
<i>Neubau ab 1993 (Dummy – Basis unsanierter Bestand, errichtet vor 1993)</i>							-0,8987***	0,0127
<i>Kontrollvariablen für Gebäudegröße nach Klassen</i>						3 bis 6 Wohnungen	0,0123***	0,0008
						7 bis 12 Wohnungen	0,0011***	0,0004
						12 bis 20 Wohnungen	-0,0009***	0,0003
						> 20 Wohnungen	-0,0012***	0,0001
<i>Kontrollvariablen für Gebäudealter nach Klassen</i>						bis 1918	0,0006***	0,0001
						1919 bis 1948	0,0010***	0,0001
						1949 bis 1957	0,0009***	0,0002
						1958 bis 1968	0,0005**	0,0002
						1969 bis 1978	-0,0005*	0,0003
						1979 bis 1983	-0,0021***	0,0004
						1984 bis 1992	-0,0057***	0,0005
						Neubau ab 1993	0,0474***	0,0007
<i>Kontrollvariablen für Raumordnungsregionen (Basis ROR 84)</i>							ja	
<i>Kontrollvariablen für alle weiteren Sanierungskombinationen (inkl. unbekannt)</i>							ja	
<i>Konstante</i>							4,8900***	
$F = 177,91$ ***						$R^2 = 0,2945$		
$Breusch-Pagan \chi^2(1) = 65,48$						$N = 10\ 2307$		

^a Da ein Modell-Test auf Homoskedastie der Fehlerterme $\chi^2_{Breusch/Pagan}(1) = 65,48$ ablehnte, werden für die Signifikanztests der Parameter *White*-korrigierte Standardfehler verwendet. *, **, *** : signifikant zum 10%-, 5%-, 1%-Niveau.

Quelle: Berechnungen des IWH auf Grundlage der ista-Verbrauchsdatenbank und der ista-Energieausweisdatenbank.

Vorgestellt werden die Effekte der Unternehmensgröße bei Vollsanierungen bzw. umfangreichen Teilsanierungen, bei denen mindestens vier von fünf wesentlichen Bauteilen einer Sanierung unterzogen wurden.¹⁵

Ergebnisse: Großer Anbieter – großer Effekt!

Das geschätzte Modell (vgl. Tabelle 2) hat insgesamt einen signifikanten Erklärungswert und kann ca. 29% der Gesamtstreuung der logarithmierten Energiekennwerte erklären ($R^2 = 0,2945$). Die Koeffizienten für die ausgewählten Sanierungskombinationen weisen alle ein negatives Vorzeichen auf, was eine Senkung des Energiekennwerts bzw. eine Steigerung der Energieeffizienz eines Gebäudes indiziert. Zugleich zeigen sich deutliche Unterschiede in den Sanierungsergebnissen zwischen den betrachteten Anbietergrößenklassen. Zentrales Ergebnis der hier präsentierten Schätzung ist, dass Großanbieter infolge einer Sanierung oder umfassenden Teilsanierung im Mittel höhere Energieeffizienzgewinne erreichen als Kleinstanbieter, was insgesamt für die eingangs formulierte Hypothese spricht.

Am deutlichsten zeigt sich dieses Ergebnis bei vollsanierten Gebäuden, die hier exemplarisch näher betrachtet werden. Mit einer Vollsanierung senken Kleinstanbieter (bis 20 Wohnungen) den Energiekennwert eines Gebäudes durchschnittlich um 14,7%. Großanbieter (mehr als 1 000 Wohnungen) erreichen hingegen eine Verringerung um 32,3%. Großanbieter erreichen somit bei einer Vollsanierung eine mehr als doppelt so große Steigerung der Energieeffizienz. Betrachtet man daneben das Sanierungsergebnis der anderen Anbietergrößenklassen, so zeigt sich, dass mit steigender Anbietergröße eine größere mittlere Energieeffizienzsteigerung einhergeht. Der Energiekennwert eines durchschnittlichen unsanierten Bestandsgebäudes (errichtet vor 1993) von rund 150 kWh/m²a würde demnach durch eine Vollsanierung eines Kleinstanbieters auf ca. 128,0 kWh/m²a abgesenkt, während Großanbieter ca. 101,6 kWh/m²a realisieren.

Ein entsprechender Größeneffekt (wenn auch weniger ausgeprägt) ist auch für die dargestellten

Teilsanierungskombinationen beobachtbar, kann jedoch für Kleinanbieter (21 bis 200 Wohnungen) nicht immer statistisch signifikant nachgewiesen werden. Dies lässt darauf schließen, dass Teilsanierungen in dieser Anbietergrößenklasse sehr heterogene Ergebnisse nach sich ziehen. Eine Erklärung kann darin liegen, dass hier sowohl „Amateurvermieter“ als auch professionelle Anbieter agieren. Die Anbieter dieser Größenklasse unterscheiden sich möglicherweise stark in ihrem Informations- und Professionalisierungsgrad oder auch in ihrer Kapitalausstattung, was als Ursache für die oft unterschiedlichen Sanierungserträge in Betracht kommt. Die Abgrenzung dieser Gruppen anhand der Anzahl der Wohnungen erweist sich an dieser Stelle als unscharf, jedoch liegen für eine detailliertere Unterscheidung innerhalb der Größenklassen keine zusätzlichen Informationen vor.

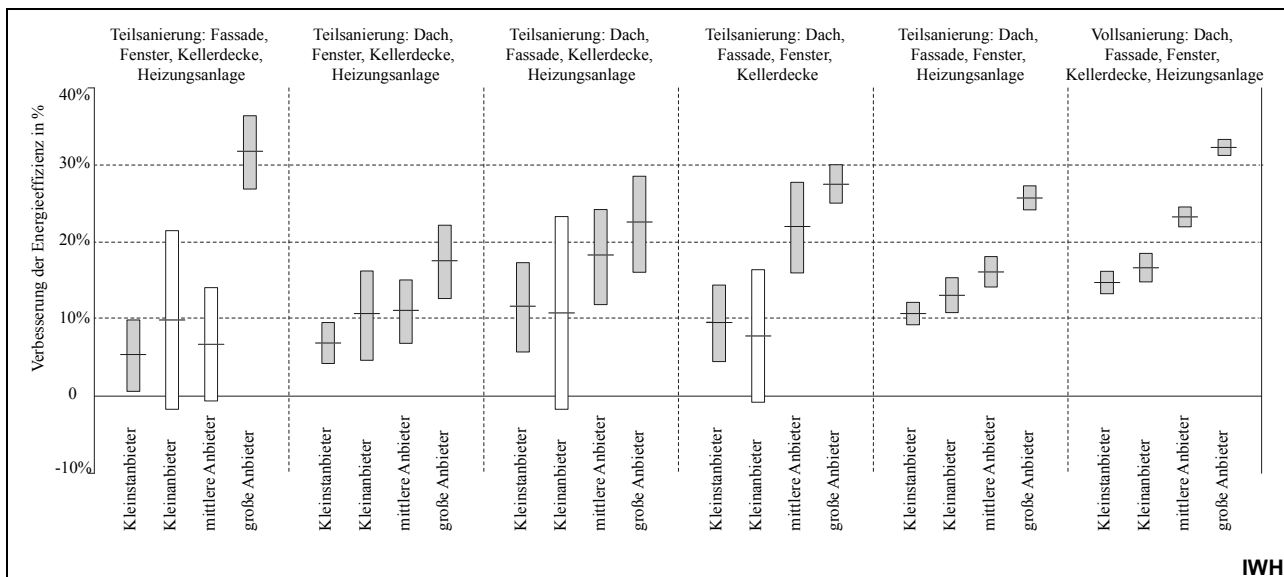
Sanierung ist nicht gleich Sanierung

Die Abbildung zeigt die Parameterschätzwerte (Linie innerhalb der Boxen) und deren 95%-Konfidenzintervalle (Länge der Boxen) für die einzelnen Sanierungskombinationen grafisch. Insignifikante Parameter sind dabei in weißen Boxen dargestellt. Die ersten vier Spalten der Grafik zeigen Teilsanierungskombinationen, bei denen zwar vier der fünf Bauteile saniert wurden, deren Kombination im Datenbestand allerdings weniger häufig auftrat. Die letzten zwei Spalten stellen die Schätzergebnisse für die Sanierungskombination „Dach, Fassade, Fenster und Heizungsanlage“ sowie die Vollsanierung dar. Für jede Sanierungskombination wird, wie bereits im vorherigen Abschnitt beschrieben, deutlich, dass Großanbieter höhere Steigerungen der Energieeffizienz realisieren als Kleinstanbieter.

Obwohl sich die einzelnen Teilsanierungen jeweils nur in einem Bauteil unterscheiden, zeigen sich deutliche Unterschiede in der Streuung der Ergebnisse. Auffällig ist, dass die ersten vier Maßnahmenkombinationen bei allen Anbietern eine größere Bandbreite der energetischen Sanierungserträge aufweisen als bei der Kombination „Dach, Fassade, Fenster, Heizungsanlage“ bzw. als eine Vollsanierung. Die bei Vollsanierung klar erkennbaren Unterschiede zwischen den Anbietergrößenklassen verwischen bei den ersten vier Teilsanierungskombinationen. Ein statistisch gesicherter Unterschied lässt sich dadurch lediglich zwischen

¹⁵ Aufgrund der Vielzahl von Regressoren (242) werden ausgewählte Ergebnisse präsentiert. Die vollständige Ergebnisdokumentation wird online unter www.iwh-halle.de bereitgestellt.

Abbildung:
 Verbesserung des Energiekennwerts nach Größenklassen der Anbieter und Art der Sanierung
 - 95%-Konfidenzintervalle; mittlere Energieeffizienzsteigerungen in % -



Zum 5%-Niveau insignifikante Parameter in weißen Boxen.

Quelle: Berechnungen des IWH auf Grundlage der ista-Verbrauchsdatenbank und der ista-Energieausweisdatenbank.

Kleinstanbietern und großen Anbietern nachweisen.

Als mögliche Ursache kommt eine mangelnde Abstimmung der Sanierung der einzelnen Bauteile in Betracht, die bei allen Größenklassen gleichermaßen auftritt. Auffällig erscheint, dass die ersten drei Kombinationen keine komplette Ertüchtigung der Außenhülle eines Gebäudes (Dach, Fassade, Fenster) beinhalten. Die vierte Spalte stellt einen Zustand dar, in dem die Außenhülle zwar komplett ertüchtigt wurde, eine Sanierung der Heizungsanlage jedoch unterblieb. Die Schätzergebnisse legen in diesem Sinne nahe, dass zur zielgerichteten energetischen Aufwertung eine vollständige Gebäudehüllensanierung bei gleichzeitigem Austausch der Heizungsanlage erfolgen sollte.

Schlussfolgerungen

Die vorgestellten Ergebnisse offenbaren deutliche Unterschiede in den Ergebnissen energetischer Gebäudesanierungen der vergangenen Jahre. So konnte gezeigt werden, dass Anbieter mit größeren Immobilienbeständen durchschnittlich höhere Effizienzgewinne realisieren als Anbieter mit kleinen Beständen. Die hier ermittelten Effizienzsteigerungen von Kleinstanbietern liegen zwischen 5,4% und 14,7%, während Großanbieter Steigerungen von 17,6% bis 32,3% realisieren und damit eine gegen-

über kleinen und/oder nichtprofessionellen Wohnungsanbietern mindestens doppelt so große Senkung der Energiekennwerte eines Gebäudes erreichen. Dies kann für alle betrachteten Sanierungskombinationen, wenn auch in unterschiedlicher Stärke, nachgewiesen werden. Die Auswertungen zeigen zudem, dass sich bei größeren Immobilienanbietern bereits früher, d. h. schon bei Teilsanierungen von Mehrfamilienhäusern, signifikante Effizienzgewinne nachweisen lassen. Dies sind starke Indizien für die eingangs formulierten Hypothesen hinsichtlich der Größen- bzw. Kostenvorteile und Lernkurveneffekte bei den genannten Anbietergruppen. Die beobachteten Unterschiede wären damit kein Produkt des Zufalls. Vielmehr ist davon auszugehen, dass hinter den beobachteten Effizienzunterschieden rationale Abwägungen von Kosten und Nutzen einer Investition sowie Unterschiede in der Planungsroutine bzw. den Erfahrungen hinsichtlich der Effektivität der jeweiligen Sanierungsmaßnahmen stehen.

Eine Politik für mehr Energieeffizienz sollte diese Ergebnisse in ihrer Ausgestaltung berücksichtigen. Eine einfache Interpretation wäre, die Sanierungshäufigkeit bei großen Anbietern zu erhöhen und die Sanierungsqualität bei den kleinen Anbietern zu verbessern. Der politische Handlungsspielraum kann dabei in einer stärkeren För-

derung (über direkte Zuschüsse bzw. steuerliche Anreize) oder über ordnungsrechtliche Eingriffe gesehen werden. Letzteres wird aktuell mit der Erhöhung der Anforderungsniveaus im Rahmen der EnEV 2012 diskutiert. Diese wird tendenziell für kleinere Anbieter stärker spürbar. Im Ergebnis könnte dies dazu führen, dass, wenn die Kosten der Sanierung ihren Ertrag übersteigen, entsprechende Sanierungen unterbleiben bzw. hinausgezögert werden.¹⁶ Bei großen Anbietern scheinen die kosten-
seitigen Restriktionen weniger schnell erreicht – hier ist es wahrscheinlicher, dass derzeit der Ertrag energetischer Sanierungen entscheidende Impulse für die Sanierungshäufigkeit gibt, welcher maßgeblich von der Zahlungsbereitschaft der Mieter bzw. Käufer von Immobilien abhängt. Eine Veränderung des Anforderungsniveaus der EnEV wird hier mutmaßlich geringere Auswirkungen auf die energetische Sanierungsaktivität haben. Jedoch wäre auch bei großen Anbietern davon auszugehen, dass eine Verschärfung der EnEV, ohne einen gleichzeitigen Anstieg der Zahlungsbereitschaft, eher sanierungshemmende Effekte nach sich ziehen würde, wodurch die politische Intention, den Energieverbrauch im Immobilienbestand erheblich zu verringern, konterkariert werden könnte. Diese sowie

die Erkenntnisse vorangegangener Arbeiten¹⁷ hinsichtlich räumlicher Eigenheiten und Unterschieden nach dem Gebäudealter haben sich bisher jedoch nur teilweise in der Diskussion um Verschärfungen der Energieeinsparverordnung (EnEV) niedergeschlagen. Dies wäre allerdings notwendig, da genau diese Aspekte einen Einfluss auf die als Kriterium neu eingeführte Wirtschaftlichkeit von Sanierungen haben.

¹⁶ Erklärungsansätze bieten hierfür z. B. die Theorien der Realloptionen, vgl. grundlegend *McDonald, R.; Siegel, D.*: The Value of Waiting to Invest, in: *The Quarterly Journal of Economics*, Vol. 101 (4), 1986, 707-728. Die EnEV sieht für ihre Anwendung als auslösendes Moment die „ohnehin“ fällige Sanierung des betreffenden Bauteils vor. Laut § 5 EnEG ist die zusätzliche Investition in Energieeffizienz nur dann zu tätigen, wenn sie wirtschaftlich vertretbar ist. Diese Anforderung wird als hinlänglich erfüllt angesehen, wenn der Gegenwartswert der Investition positiv ist. Da eine Sanierung des Bauteils ohnehin erfolgt wäre, wird daraus geschlossen, dass diese Investition für sich genommen wirtschaftlich sei und ein zumindest nicht negativer Kapitalwert der energetischen Zusatzanforderung dieses Kalkül unberührt ließe. In diesem Zusammenhang ist allerdings zu bedenken, dass der betriebswirtschaftlich optimale Investitionszeitpunkt nicht zwingend mit dem Ende der Lebensdauer eines Bauteils zusammenfällt – es muss aus technischer Sicht nicht immer ausgetauscht werden. Immobilieneigentümern bleibt daher in der Regel die Möglichkeit offen, bewusst Qualitätsverluste in Kauf zu nehmen, wenn die durchschnittliche Rendite einer Investition (hier Erneuerung zzgl. energetische Sanierung) bei gegebenem Anforderungsniveau geringer ausfällt als die gewünschte Verzinsung. Vgl. grundlegend *Arnott, R.; Davidson, R.; Pines, D.*: Housing Quality, Maintenance and Rehabilitation, in: *The Review of Economic Studies*, Vol. 50 (3), 1983, 467-494.

¹⁷ Vgl. neben *Michelsen, C.* (2009), a. a. O., *Michelsen, C.; Müller-Michelsen, S.*, a. a. O. auch *Greller et al.*, a. a. O., *Schröder et al.*: Universelle Energiekennzahlen für Deutschland – Teil 1: Differenzierte Kennzahlverteilungen nach Energieträger und wärmetechnischem Sanierungsstand, in: *Bauphysik*, Jg. 31 (6), 2009, 393-402 oder *Selk, D.*: Unsere alten Häuser sind besser als ihr Ruf, *Mitteilungsblatt der Arbeitsgemeinschaft für zeitgemäßes Bauen e. V.*, Nr. 238, Heft 1/09, 2009.

Bericht über den IWH/INFER-Workshop on Applied Economics and Economic Policy*

Katja Drechsel, Makram El-Shagi

Am 14. und 15. Februar 2011 fand am IWH erstmalig in Zusammenarbeit mit dem International Network for Economic Research (INFER) der Workshop „Applied Economics and Economic Policy“ statt. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler europäischer Universitäten und internationaler Organisationen stellten einem breiten Publikum neueste Forschungsergebnisse zu aktuellen ökonomischen Fragen und Problemen vor. Der Workshop richtete sich neben einem wissenschaftlichen Publikum vor allem auch an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter internationaler Organisationen, wie beispielsweise der Europäischen Kommission und der Europäischen Zentralbank (EZB), sowie der verschiedenen Ministerien, wie z. B. der Wirtschaftsministerien. Ziel der Veranstaltung war es somit, nicht nur aktuelle Forschungsergebnisse vorzustellen, sondern auch mit Vertretern aus Wissenschaft und Praxis über aktuelle Wirtschaftspolitik und über das Spezialthema „The Empirics of Imbalances and Disequilibria“ zu diskutieren.

Mit Lorenzo Bini Smaghi, Mitglied des Direktoriums der EZB, und Martin Hallet aus der Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen der Europäischen Kommission konnten zwei hochrangige Vertreter aus den politischen Institutionen als Keynote-Speaker gewonnen werden.

Ansprechpartnerin: Katja Drechsel (Katja.Drechsel@iwh-halle.de)

JEL-Klassifikation: E6, F3, G1

Schlagwörter: Geldpolitik, Finanzpolitik, Finanzmärkte, Euroraum

Zu den Ungleichgewichten im Euroraum

Lorenzo Bini Smaghi thematisierte in seiner *keynote lecture* die „Ungleichgewichte“ im Euroraum. Er wies darauf hin, dass eine Vertiefung der monetären Integration in der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion zwar die Robustheit gegenüber asymmetrischen Schocks erhöht, aber im Falle gemeinsamer Schocks – wie z. B. der Finanzkrise – jedoch nicht ausreicht. Entscheidend sei insbesondere die Durchsetzung fiskalpolitischer Disziplin in den einzelnen Mitgliedstaaten, unter anderem durch die Verbesserung der Governance-Strukturen im Euroraum und in der Europäischen Union. Ein Sicherheitsnetz für überschuldete Mitgliedsländer ist aus Sicht von Bini Smaghi dennoch auch langfristig nicht verzichtbar. Nur so könne ein Übergreifen von Krisen im Euroraum zuverlässig vermieden werden.

Vor dem Hintergrund des Forschungsprofils des IWH hob Bini Smaghi auch die Bedeutung Ost-

deutschlands als Referenz für eine monetäre Integration hervor. Viele der zum Beitrittszeitpunkt wirtschaftlich schwächeren Mitgliedstaaten hätten deutlich mehr Kapital pro Kopf angezogen, als dies in den Neuen Bundesländern nach der deutschen Vereinigung der Fall war. Bini Smaghi führte dies nicht zuletzt auf die fiskalische Harmonisierung zurück, die bei der deutschen Vereinigung im Gegensatz zur europäischen Integration stattfand. Die Entwicklung zeige, dass unterschiedliche Steuer- und Ausgabenstrukturen häufig durchaus angemessen sein können. Fiskalische Harmonisierung oder gar eine gemeinsame Fiskalpolitik tragen daher nicht notwendigerweise zur Entwicklung der wirtschaftlich schwächeren Gebiete bei. Diese Erfahrung sollte auch in der aktuellen Diskussion um eine „Fiskalunion“ in Europa eine Rolle spielen.

Paradigmenwechsel in der Entwicklungspolitik: Vom Gleichheitsziel zum Wachstumsziel

Martin Hallet wies in seiner *keynote lecture* auf einen schleichenden Paradigmenwechsel in der Entwicklungspolitik hin. Während die Entwicklungspolitik lange Zeit von der Zielvorstellung der

* Das Programm des Workshops sowie die den Vorträgen zugrunde liegenden Papiere sind online abrufbar unter <http://www.iwh-halle.de/d/start/News/workshops/20110214/Program.asp>.

„Gleichheit“ dominiert worden sei, habe in den letzten Jahren die wachstumsorientierte Entwicklungspolitik deutlich an Bedeutung gewonnen. Auch vor dem Hintergrund der Forschung zur (Post-)Transformation am IWH verdiene diese Entwicklung besondere Aufmerksamkeit, impliziere sie doch einen vergleichbaren Paradigmenwechsel im Rahmen der Kohäsions- bzw. Integrationspolitik in der Europäischen Union.

Hallet betonte, dass der Wechsel (bisher) eher gradueller Natur ist und die (wahrgenommene) Gerechtigkeit eine nach wie vor wichtige Rolle spiele. Allerdings trete sie heute nicht mehr als primäres Ziel, sondern als qualifizierende Einschränkung des Wachstumsziels in Erscheinung.

Der schleichende Paradigmenwechsel findet dabei auf allen Ebenen statt. Sowohl die UN als auch die G20 haben ihre Position stärker auf Wachstumsziele ausgerichtet. Auch die Entwicklungsstrategien der Europäischen Union wurden diesbezüglich angepasst. Eine solche Ausrichtung zeigen z. B. die Lissabon-Strategie und die „Europe 2020“-Strategie. Dementsprechend werde auch in den jüngsten *Cohesion Reports* die Bedeutung des Wachstums deutlich stärker hervorgehoben.

Vor diesem Hintergrund zeigte *Hallet* in seinem Vortrag die Möglichkeiten, aber auch die Grenzen der Wachstumstheorie auf, die diesbezügliche Diskussion zu prägen. Während die theoretische Bestimmung und empirische Validierung der treibenden Wachstumsfaktoren verhältnismäßig weit fortgeschritten sei, ergäben sich bei der Quantifizierung der Wachstumsbeiträge noch große Schwierigkeiten.

Hallet leitete aus dieser Konstellation für die wissenschaftliche Politikberatung die Empfehlung ab, sich dieser Schwächen bewusst zu sein und sie offen einzugestehen. Er zeigte sich überzeugt, dass dieser offensive Umgang mit den aktuellen Grenzen der Wissenschaft Frustration auf Seiten der politischen Auftraggeber vermeide und so die Bedeutung der evidenzbasierten Politikberatung eher stabilisiere als mindere.

Empirische Studien zur Geldpolitik

Der IWH/INFER-Workshop wurde mit einer Session zum Thema „Geldpolitik“ eröffnet. *Axel Löffler* (Universität Leipzig) sprach zu „Inflation Targeting by Debtor Central Banks in Emerging Market Economies“. Um Wechselkursstabilität trotz andau-

ernden Aufwertungsdrucks zu gewährleisten, bauen zahlreiche Schwellenländer massive Währungsreserven auf. Wenn gleichzeitig ein Inflationsziel eingehalten werden soll, führt dies häufig dazu, dass die Währungsreserven die Geldbasis übersteigen. Dies geht zwangsläufig mit einer erheblichen Verschuldung der Zentralbank auf dem heimischen Kreditmarkt einher. Aufgrund eines höheren Zinsniveaus in Schwellenländern sei das Erreichen des Inflationsziels mit erheblichen Kosten verbunden. In einem Barro-Gordon-Modell zeigte *Löffler*, dass das optimale Inflationsniveau in Schwellenländern bei Berücksichtigung dieser Kosten höher liegt als in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften.

Anschließend referierte *Philipp Matros* (Universität Regensburg) zu „Non-Stationary Interest Rate Differentials and the Role of Monetary Policy“. In einer Kointegrationsanalyse der türkischen und europäischen Zinssätze konnte er zeigen, dass das vermeintliche empirische Scheitern der ungedeckten Zinsparität auf eine mangelnde Berücksichtigung der Geldpolitik zurückgeht. In einem trivariaten Kointegrationsmodell, das neben Zinsen auch das Wechselkursniveau berücksichtigt, kann die Zinsparität nicht länger statistisch abgelehnt werden. Die Effizienz der Devisenmärkte präsentiert sich so in einem besseren Licht, als es frühere empirische Studien zur ungedeckten Zinsparität vermuten ließen.

In seinem Beitrag „The Quantity Theory Revisited“ konnte *Makram El-Shagi* (IWH) durch die Kombination eines Zustandsraummodells mit einer Strukturidentifikation die Transmission geldpolitischer Schocks in den USA nachvollziehen. Es zeigte sich, dass nur ein kleiner Teil der Liquiditätsüberschüsse durch die Zentralbank wieder eingefangen wird und somit ein nicht zu vernachlässigender Effekt geldpolitischer Expansion auf die Preise besteht. Gleichzeitig kommt es während der Transmission von Geld auf Preise zu massiven negativen Konjunkturreffekten. Diese sind nachhaltig davon geprägt, dass die Zentralbank die angestoßene Inflationsdynamik wieder bremsen muss.

Zu den Ursachen von Ungleichgewichten

Zwischen den *keynotes* fanden Vorträge zum Spezialthema des Workshops „The Empirics of Imbalances and Disequilibria“ statt. Zunächst stellte *Finn Marten Körner* (Universität Oldenburg) sein

Papier „An Equilibrium Model of ‚Global Imbalances‘ Revisited“ vor. Hier wurde vor allem die Notwendigkeit einer Differenzierung zwischen „Imbalances“ und „Disequilibria“ – im Deutschen oft wortgleich als „Ungleichgewichte“ übersetzt – deutlich. Die so genannten Zahlungsbilanzungleichgewichte lassen sich durchaus als gleichgewichtige ökonomische Entwicklung interpretieren. Zwei denkbare Erklärungen wurden in dem Beitrag simultan in einem allgemeinen Gleichgewichtsmodell berücksichtigt: Erstens können Einnahmen aus Direktinvestitionen, die nicht repatriert werden, zu einer gleichgewichtig negativen Leistungsbilanz führen. Zweitens wird die Rolle von realen Wechselkursänderungen bei heterogenen Gütern einbezogen.

Im zweiten Vortrag analysierte *Stephan Freitag* (Universität Leipzig) die „Reverse Causality in Global Current Accounts“ im Rahmen eines Zentrum/Peripherie-Modells. Ein Einfluss der Geld- und Fiskalpolitik der Peripherie auf die „Ungleichgewichte“ sei dabei zwar messbar, dominiert werde die Entwicklung aber klar durch das Handeln der Staaten im Zentrum eines Währungssystems. Dies steht im Widerspruch zu den – gerade von der US-Notenbank (Fed) vertretenen – Thesen, nach denen die Verschuldung der USA im Wesentlichen fremdverursacht sei. Vor allem unterstellt die Fed eine so genannte *global savings glut*, d. h. eine übermäßige Sparneigung im Rest der Welt, als Ursache der Kapitalzuflüsse in die USA.

Fiskalpolitik auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene

In der letzten Session des Tages wurden Untersuchungen aus dem Gebiet „Fiscal Policy“ vorgestellt. *Mike Mariathasan* (European University Institute, Florenz) thematisierte in seiner Arbeit „Recapitalization, Credit and Liquidity“ die staatlichen Programme zur Rekapitalisierung von Banken, die während der Krise die öffentlichen Haushalte erheblich belastet haben. Alles in allem hätten die Maßnahmen ihr Ziel einer Stabilisierung der Kreditvergabe (sowohl an Nichtbanken als auch zwischen Banken) weitestgehend erreicht. Als besonders wirksam hätten sich Rekapitalisierungen lokal operierender und nicht börsennotierter Banken erwiesen. Wenn diese Effekte berücksichtigt würden, zeige sich darüber hinaus eine (geringfügig) höhere

Effizienz von Maßnahmen, die auf große Banken abzielten.

Bas Van Aarle (Hasselt University) hob in seiner Studie „The Impact of Fiscal Rules on Public Finances: Theory and Empirical Evidence for the Euro Area“ die Bedeutung fiskalpolitischer Regelbindung hervor. In einer Paneluntersuchung, die die Intensität der nationalen Regelbindung berücksichtigt, kommt er zu dem Schluss, dass die Folgen der Regelbindung zwar statistisch signifikant, quantitativ aber eher nachrangig seien.

Der erste Tag endete mit einem regionalen Fokus auf Belgien. *Annelore Van Hecke* (K. U. Leuven) widmete sich in ihrem Vortrag „Balancing Public Debt Division in Belgium: How to Assign (Part of the) Federal Debt to the Regions?“ der Bedeutung föderalistischer Verschuldung. Sie ging der Frage nach, wie die optimale vertikale (zwischen verschiedenen Regierungsebenen) und horizontale (zwischen verschiedenen regionalen Regierungen) Aufteilung erfolgen sollte. Neben Argumenten für und gegen eine Verschuldungsdezentralisierung stellte sie auch Szenarien vor. Dabei zeigt sich in fast allen Fällen, dass ein Großteil der Schulden beim belgischen Zentralstaat verbleiben sollte. Kleinere geographische Einheiten sind stärkeren Risiken ausgesetzt, sodass die Verschuldung pro Kopf auf regionaler Ebene deutlich problematischer sein kann als eine entsprechend große Verschuldung auf nationaler Ebene. Eventuelle Effizienzgewinne durch eine Allokation der Schulden gemäß der Verantwortlichkeiten werden so häufig kompensiert.

Makroökonomische Probleme im Euroraum

Der zweite Tag des IWH/INFER-Workshops begann mit einer Vortragsreihe zu „European Macroeconomic Policy“. *Holger Zemanek* (Universität Leipzig) analysierte „Real Convergence, Capital Flows, and Competitiveness in Central and Eastern Europe“. Im Rahmen eines erweiterten Balassa-Samuelson-Modells wurden insbesondere Kapitalmärkte und deren Zyklizität berücksichtigt. Die besondere Situation in Mittel- und Osteuropa, die vor allem durch Kapitalzuflüsse und den damit begünstigten ökonomischen Aufholprozess (*catch-up*) gekennzeichnet ist, bietet Evidenz, dass die Kapitalmärkte den Balassa-Samuelson-Effekt erhöhen.

Martin Mandler (Universität Gießen) ging in seinem Referat „Explaining ECB and Fed Interest Rate Correlation: Economic Interdependence and Optimal Monetary Policy“ der Frage nach, wie sich angesichts der makroökonomischen Unabhängigkeit von USA und Euroraum die hohe Korrelation zwischen der US- und Euroraum-Geldpolitik erklären lässt. Er zeigte, dass sich die Reaktionsfunktion der EZB durch eine optimale geldpolitische Reaktionsfunktion, geschätzt durch ein VAR-Modell, gut approximieren lässt. Optimale geldpolitische Entscheidungen beinhalteten vor allem starke Reaktionen auf Veränderungen der *Federal Funds Rate*, die zu einer hohen Korrelation der Zinssätze von EZB und Fed führen.

Schließlich präsentierte *Nina Breitzkreuz* (Universität Duisburg-Essen) ihre Ergebnisse zum Thema „Current Account Balances of Selected Members of the Euro Area: Determinants and Policy Implications“. Ausgehend von einem intertemporalen Leistungsbilanzmodell, das unter anderem auch die so genannte Twin-Deficit-Hypothese, die Demographiestruktur sowie die Integration/Intermediation der Finanzmärkte berücksichtigt, konnte sie für Deutschland eine Kointegrationsbeziehung zwischen Leistungsbilanzsalden und ihren Fundamentaldaten zeigen. Dabei fand sie allerdings keine Hinweise auf ein Überschießen der Leistungsbilanz.

Studien zu Vermögenspreisblasen und Kreditmärkten

Drei weitere Vorträge in der Session „Asset Markets“ beendeten den Workshop. *Ramón Adalid* (EZB) untersuchte in seiner Analyse „Recent Developments in Loans to Households: Discerning between Demand and Supply Driven Factors“ die Bedeutung von Kreditverbriefung und angebotsseitigen Faktoren für die Kreditentwicklung der privaten Haushalte.

Basierend auf der Auswertung einer Umfrage unter den Banken im Eurosystem (*Bank Lending Survey*) konnte er zeigen, dass vor allem der Risikowahrnehmung besondere Bedeutung zukommt. Es konnte auch gezeigt werden, dass Bilanzbeschränkungen bei Konsumentenkrediten eine größere Rolle spielen als bei Wohnbaukrediten.

Vermögensmärkten kommt zunehmend Bedeutung im geldpolitischen Transmissionsprozess zu. Die schwerwiegenden Konsequenzen von Vermögenspreisblasen werfen die Frage auf, ob man ihre Entstehung frühzeitig erkennen kann. Einem Probit-Ansatz folgend identifizierte *Hans-Eggert Reimers* (Hochschule Wismar) eine Auswahl von „Early Warning Indicators for Asset Price Booms“. Vor allem Kreditaggregate, das Verhältnis von Investitionen zum BIP, Aktienkurse und Zinsspreads sind wichtige Variablen, um einen solchen Boom frühzeitig zu erkennen.

Desweiteren war Gegenstand der Diskussion, in wieweit Spekulationen auf dem Spotmarkt den Ölpreis zu einem Niveau führen, das nicht mehr durch Fundamentaldaten begründet werden kann. *Ine Van Robays* (Ghent University) untersuchte in ihrer Arbeit „Destabilizing Speculation in the Oil Market“, ob eine strengere Regulierung des Handels auf dem Öl-Terminmarkt notwendig ist. Neben der Identifizierung der Öl-Angebots- und Nachfrageschocks zeigte sie, dass längerfristig (erwartete) reale Entwicklungen über 95% der Änderung des Ölspotpreises erklären.

Die Veranstalter bedankten sich bei allen Gästen und Referenten für die Teilnahme und freuen sich darauf, die Konferenzserie im kommenden Jahr mit Präsentationen aus allen Bereichen der angewandten Wirtschaftspolitik fortsetzen zu können.

IWH-Industrienumfrage im März 2011: Geschäftslage weiter verbessert, hochgesteckte Erwartungen stabil

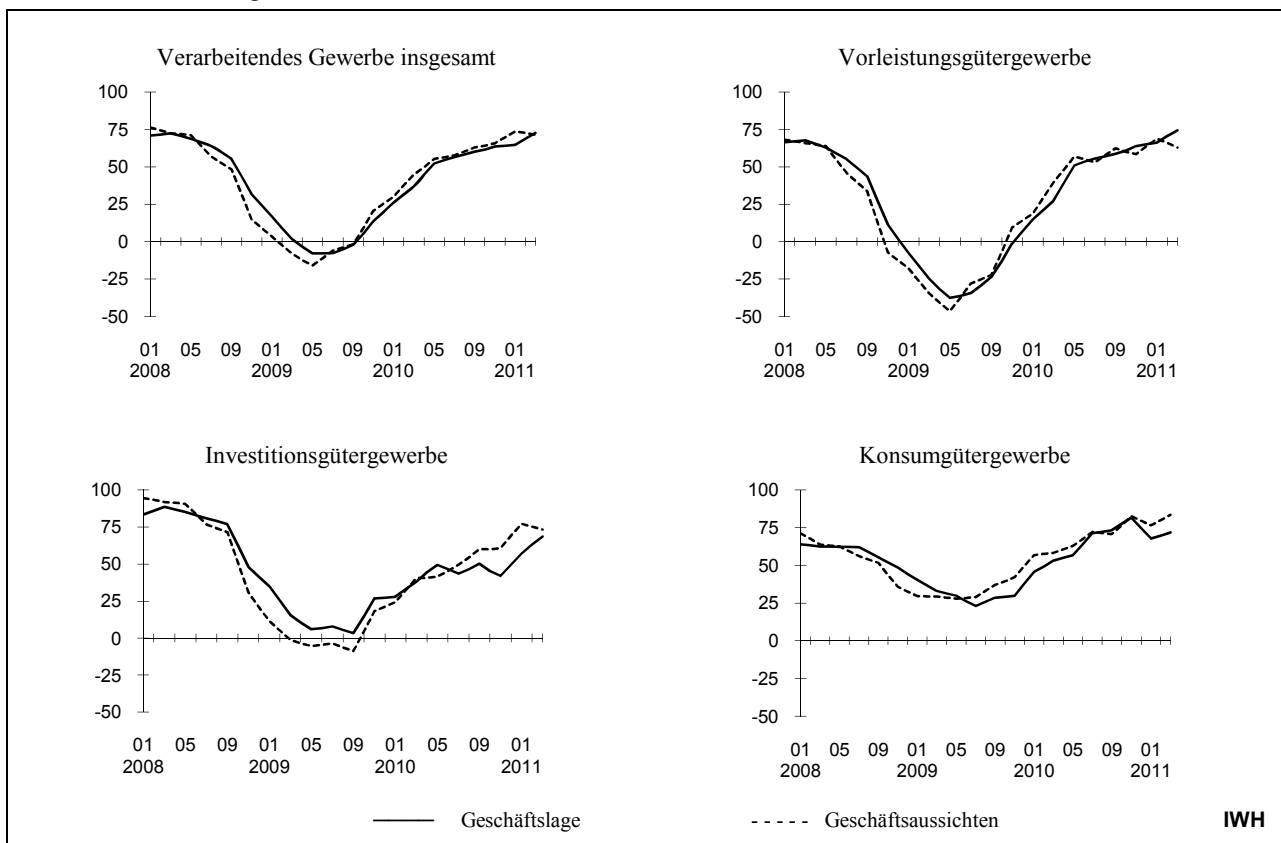
Die Geschäftsaktivitäten im Verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands bewegen sich weiter auf hohem Niveau. Darauf verweisen die Ergebnisse der IWH-Industrienumfrage vom März unter knapp 300 Unternehmen.¹ Gegenüber der Umfrage vom Januar hat sich die aktuelle Geschäftslage um fünf Saldenpunkte verbessert, und die Beurteilung der Geschäftsaussichten ist seit Jahresbeginn nahezu unverändert geblieben (vgl. Tabelle).

güterproduktion. Die dortigen Hersteller hatten vor zwei Monaten sehr optimistische Aussichten signalisiert.

Für die Unternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten haben sich die Erwartungen wohl auch erfüllt; 93% bewerten ihre Geschäftslage nunmehr mit „gut“ oder „eher gut“ und 97% schätzen die Aussichten so ein. Auch die Lage mittelgroßer Unternehmen hat sich noch einmal verbessert; bei

Abbildung:

Entwicklung der Geschäftslage und Geschäftsaussichten im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe
- Salden^a, saisonbereinigte Monatswerte -



^a Die Salden von Geschäftslage und -aussichten werden als Differenz aus den Prozentanteilen der jeweils positiven und negativen Urteile der befragten Unternehmen berechnet und nach dem Berliner Verfahren (BV4) saisonbereinigt. Für längere Zeitreihen siehe „Daten und Analysen/ Aktuelle Konjunktur“ unter www.iwh-halle.de.

Quelle: IWH-Industrienumfragen.

Die Einschätzungen der fachlichen Hauptgruppen sind vergleichsweise homogen. Hervorstechend ist aber die deutliche Verbesserung der aktuellen Lage gegenüber Januar im Bereich der Investitions-

den kleinen Unternehmen hingegen haben sich Lage und Aussichten seit Januar kaum verändert.

Der Ausschluss jahreszeitlich bedingter Einflüsse zeigt eine stabile, leicht aufwärts gerichtete Beurteilung der Geschäftslage in der ostdeutschen Industrie und geringfügig eingetrübte Erwartungen. Dieses Bild lassen auch die fachlichen Haupt-

¹ Zum Zeitpunkt des Erdbebens und der Reaktorunfälle in Japan war die Befragung weitgehend abgeschlossen.

gruppen erkennen, mit Ausnahme des Konsumgütergewerbes. Diese Sparte hatte bereits nach dem Weihnachtsgeschäft ihre Erwartungen zurückgeschraubt, sieht sie inzwischen aber wieder im Aufwind (vgl. Abbildung).

Unter den Vorleistungsgüterproduzenten melden sowohl das Glas- und Keramikgewerbe als auch das Holz-, Papier- und Druckgewerbe nach Einbrüchen zu Jahresbeginn eine deutlich verbesserte Geschäftslage. Bei den Herstellern von Gummi- und Kunststoffwaren hingegen hat sich die Lage aktuell stark verschlechtert. Die Erwartungen an die Geschäfte in den nächsten sechs Monaten sind im Vorleistungsgütergewerbe in saisonbereinigter Betrachtung nunmehr leicht abwärts gerichtet.

Im Investitionsgütergewerbe befindet sich die Geschäftslage im Aufwärtstrend. Die Aussichten haben sich etwas eingetrübt, liegen im Niveau aber noch über der Lagebewertung. Der „Shootingstar“

der Sparte ist der Fahrzeugbau. Hier beurteilen fast alle befragten Unternehmen sowohl die aktuelle Lage als auch die Aussichten und die Auftragslage als „gut“ oder „eher gut“. Die Maschinenbauer melden nach der starken Erwärmung des Geschäftsklimas im Januar nun wieder eine leichte Abkühlung. In der damaligen Umfrage bewertete jedes siebte Unternehmen die Aussichten mit „schlecht“ oder „eher schlecht“, jetzt jedes fünfte.

Die Stimmungsaufhellung im Konsumgütergewerbe, die auch unter Berücksichtigung saisonaler Effekte Bestand hat, beruht vor allem auf den sehr guten Meldungen, die aus dem Ernährungsgewerbe kommen. Dagegen konnten die Hersteller von Möbeln bisher noch nicht wieder an die guten Geschäfte Ende des Jahres 2010 anknüpfen.

Cornelia Lang
(Cornelia.Lang@iwh-halle.de)

Tabelle:

Geschäftslage und Geschäftsaussichten laut IWH-Umfragen im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe - Vergleich der Ursprungswerte mit Vorjahreszeitraum und Vorperiode, Stand März 2011 -

Gruppen/Wertungen	gut (+)			eher gut (+)			eher schlecht (-)			schlecht (-)			Saldo		
	Mrz. 10	Jan. 11	Mrz. 11	Mrz. 10	Jan. 11	Mrz. 11	Mrz. 10	Jan. 11	Mrz. 11	Mrz. 10	Jan. 11	Mrz. 11	Mrz. 10	Jan. 11	Mrz. 11
	in % der Unternehmen der jeweiligen Gruppe ^a														
Geschäftslage															
Industrie insgesamt	19	40	39	46	41	45	29	16	14	6	3	2	30	63	68
Hauptgruppen^b															
Vorleistungsgüter	17	41	41	41	40	41	36	15	15	6	4	3	16	63	65
Investitionsgüter	22	39	39	43	39	44	23	19	15	12	3	2	31	57	67
Ge- und Verbrauchsgüter	20	39	34	57	45	52	21	15	11	2	1	3	54	68	73
dar.: Nahrungsgüter	33	34	46	52	47	44	10	17	6	5	2	4	70	63	80
Größengruppen															
1 bis 49 Beschäftigte	20	34	33	34	37	38	34	24	21	12	5	8	8	43	41
50 bis 249 Beschäftigte	19	38	40	50	45	46	25	14	12	6	3	2	37	65	72
250 und mehr Beschäftigte	19	52	45	49	38	48	32	10	7	0	0	0	35	79	87
Geschäftsaussichten															
Industrie insgesamt	16	35	38	58	52	49	23	12	12	3	1	1	47	74	75
Hauptgruppen^b															
Vorleistungsgüter	11	40	41	61	45	44	25	13	15	3	2	0	44	70	69
Investitionsgüter	22	38	36	48	48	51	24	14	11	6	0	2	40	73	75
Ge- und Verbrauchsgüter	19	23	35	60	68	57	19	8	7	2	1	1	58	81	84
dar.: Nahrungsgüter	32	29	42	48	59	50	15	10	6	5	2	2	59	76	84
Größengruppen															
1 bis 49 Beschäftigte	16	27	28	48	50	48	31	21	22	5	2	2	28	54	53
50 bis 249 Beschäftigte	17	35	44	59	53	44	20	11	11	4	1	1	52	76	77
250 und mehr Beschäftigte	13	41	35	61	56	62	26	3	3	0	0	0	48	93	93

^a Summe der Wertungen je Umfrage gleich 100 - Ergebnisse gerundet, Angaben für März 2011 vorläufig. - ^b Die Klassifikation der Hauptgruppen wurde der Wirtschaftszweigsystematik 2003 angepasst.

Quelle: IWH-Industrienumfragen.

Veranstaltungen

Call for Papers:

**4. Hallesches Kolloquium zur Kommunalen Wirtschaft „Größenvorteile bei kommunalen Leistungen: Empirische Erkenntnisse und Folgerungen für die Politik“
am 24. und 25. November 2011 in Halle (Saale)**

Kommunale Neugliederungen, wie sie in jüngster Vergangenheit in Sachsen-Anhalt oder Mecklenburg-Vorpommern durchgeführt worden sind, werden immer wieder mit dem Ziel der Einsparung öffentlicher Mittel infolge von Größenvorteilen begründet. Ähnlich wird bei Umstrukturierungen und Fusionen von Behörden und (öffentlichen) Unternehmen argumentiert. Den potenziellen operativen Effizienzgewinnen stehen Transaktions- und Organisationskosten gegenüber, die in einer Gesamtbewertung abgewogen und berücksichtigt werden müssen.

Das zentrale Anliegen der Veranstaltung ist es, vor dem dargestellten Hintergrund wissenschaftlich fundiert den ökonomischen Nutzen von Größenveränderungen zu bewerten und aufzuzeigen, mit welchen Ansätzen Effizienzgewinne erzielt bzw. optimale Größenverhältnisse in der öffentlichen Verwaltung und Leistungserstellung gefunden werden können.

Die Veranstaltung verfolgt dabei einen interdisziplinären Ansatz, d. h., die genannten Problemstellungen sollen nicht nur unter volks- und betriebswirtschaftlichen Aspekten, sondern auch aus der Sicht der Rechtswissenschaft, Politologie, Soziologie, Raumplanung und ähnlichen Disziplinen diskutiert werden. Die Konferenzsprache ist Deutsch, jedoch können die Beiträge sowohl in deutscher als auch in englischer Sprache eingereicht werden. Eine Tagungsgebühr wird nicht erhoben.

Gesucht werden Beiträge zu den folgenden Themenbereichen und verwandten Fragestellungen:

- Allgemeine Studien zu Größe und Effizienz,
- Größe von Verwaltungen aus der Sicht der Organisationssoziologie und Organisationspsychologie,
- Größe von Verwaltungen aus der Sicht von Ansätzen des Public Management,
- Effizienz staatlicher Einrichtungen und Behörden,
- Effizienzeffekte neuer Technologien im Bereich kommunaler Verwaltungen und Unternehmen,
- Evaluierung von Gemeinde- und Kreisgebietsreformen,
- Optimale Größe von Gebietskörperschaften.

Die Einreichung ist bis zum 31. Juli 2011 per E-Mail möglich an: kokowi2011@iwh-halle.de.

Weitere Informationen unter <http://www.iwh-halle.de/d/start/News/workshops/20111124/call.pdf>.

**10. Lange Nacht der Wissenschaften
am 1. Juli 2011**

Am Freitag, dem 1. Juli 2011, ist es wieder soweit: Die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, die Burg Giebichenstein Kunsthochschule und zahlreiche Forschungseinrichtungen in Halle, darunter das IWH, lassen die Nacht zum Tag werden! Von 19:00 bis 23:00 Uhr bietet das IWH Vorträge und Diskussionen zu folgenden Themen:

- Neue Formen des Standortwettbewerbs: Herausforderungen und Chancen der Stadtentwicklung am Beispiel der Stadt Halle
- Die Schuldenbremse – Neue Regeln für den Finanzminister
- Sind Frauenquoten sinnvoll? Jein ...